

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat; für Klüber mit ermäßigtem Druckdruckporto 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Blitz in die Wälder“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig konparierte 60 Pf. Restsumme 5.- M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 25 Pf. (gültig zwei selbige Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Robott II. Teil, Stellungsliste das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. V.-Gef., Depotsenk., Jerusalemstr. 63-66.

Neue Schuldenkonferenz?

Ergebnis von Chequers — Revision, nicht nur Moratorium.

London, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der Unterhaltungen in Chequers wurden auch die Abrüstungsfrage und die Frage der Zollunion berührt, der Hauptteil der Unterredung galt jedoch dem Reparationsproblem. Die Darstellungen der deutschen Minister haben alle Zweifel an der Wirklichkeit der deutschen Not, die man hier vielleicht noch hatte, zerstreut und haben auch England von der Notwendigkeit zum Handeln überzeugt. Es hat sich ferner eine Uebereinstimmung der deutschen und der englischen Auffassung dahin ergeben, daß

beide Länder eine Revision des Young-Plans einem Moratorium vorziehen.

Dieser Weg der Revision erfordert internationale Zusammenarbeit und die Feststellung des Kommissarés über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit hat den konkreten Untergrund, daß eine internationale Aktion in diesem Sinne, also dieser Revision der Reparationen und der damit zusammenhängenden interalliierten Schulden ins Auge gefaßt worden ist. An dieser Aktion soll nach englischer Auffassung der Völkerbund nicht beteiligt werden. Vielmehr mußten zunächst die Besprechungen zwischen den Staatsmännern der beteiligten Länder fortgesetzt werden. Es läge durchaus nahe, daß Dr. Brüning in Paris zunächst ähnliche Unterhaltungen führe wie in England. Das Ziel wäre schließlich

die Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Klärung des Kriegsschuldenproblems.

Ehe man sich diesem Ziel weiter nähert, wolle man jedoch den Aufenthalt Stimons in Europa abwarten. Keinesfalls solle sich Deutschland an die Spitze einer internationalen Bewegung zur Revision der Kriegsschulden stellen. Was erstrebt werde, sei eine wirklich internationale Aktion, bei der die Aktivität von den

Gläubigern ebenso sehr ausgehen müßte wie von den Schuldnern.

Gegenbesuch in Berlin.

London, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Der englische Außenminister Henderson wird den Besuch des Reichsanzlers Dr. Brüning und Außenministers Dr. Curtius aller Voraussicht nach noch im Laufe des Sommers in Berlin erwidern. Der genaue Termin des Besuchs soll schon demnächst vereinbart werden.

Das Echo in Paris.

Paris, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Die Pariser nationalistische Presse stellt am Montag mit Befriedigung fest, daß die Unterredungen in Chequers zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. „Paris Revue“ erklärt, die englischen und die deutschen Minister hätten ihre Ohnmacht eingestehen müssen, irgend etwas unternehmen zu können, ohne die Hilfe anderer Mächte in Anspruch zu nehmen. Das mit großem Geschrei angekündigte deutsche Manöver sei also gescheitert, es werde aber hinter den Kulissen fortgesetzt werden. Der Londoner Korrespondent des „Antirassigean“ berichtet, der allgemeine Eindruck sei der, daß das Ergebnis der Unterredungen in dem Worte „Richts“ zusammengefaßt werden könne. Der „Temps“ spricht die Meinung aus, daß die Zusammenkunft von Chequers in seiner Weise die internationale Lage geändert habe. Es habe nur eine direkte Fühlungnahme zwischen den englischen und deutschen Staatsmännern stattgefunden, bei der aber kein Beschluß über die von den deutschen Ministern aufgeworfenen Fragen und über die Mittel und Wege gefaßt worden sei, mit denen ihre Lösungen vorbereitet werden könnten.

Eine gegenseitige Ansicht vertritt nur das „Journal des Débats“, das erklärt, Deutschland habe erreicht, was es wollte: die Frage einer Revision des Young-Planes sei auf das internationale Tapet gebracht worden, und zwar dank der Gefälligkeit der englischen Regierung unter den bequemsten Bedingungen für Deutschland.

Sturm gegen Brüning.

Die Rechte will ihn stürzen. — Christlichsoziale bedenklich.

In der Presse der Rechten und in ihren Versammlungen hat der Generalssturm gegen das Kabinett Brüning eingesetzt. Die Hugenberg-Presse gibt spaltenlang die letzte Sonntagsgarde ihres Herrn und Meisters in München wieder, die in der Verhinderung gipfelt, die Reichsregierung habe ihr Vertrauen verwirkt und müsse fort. In Stuttgart tobte am gleichen Tage der Führer der Aldeutschen, der Justizrat Clah; er appellierte an den Reichspräsidenten, er möge jetzt Brüning beseitigen, so wie er als Chef der Obersten Heeresleitung Bethmann beseitigt habe. Eine dementsprechende Entschlieung wurde einstimmig angenommen. In der „DZ.“ versichert Fritz Klein, die Regierung könne unmöglich bleiben wie sie ist; sie müsse sich nach links oder nach rechts erweitern. Er ist für die Erweiterung nach rechts.

Für die Gesamtlage ist es nicht ohne Bedeutung, daß die kleine Gruppe des Christlichsozialen Volksdienstes, die zu den Hilfstruppen Brüning gehört, in Bewegung geraten ist. Ihr Organ, die „Tägliche Rundschau“, versichert: „Diese Notverordnung kann so nicht bleiben.“ Der Christlichsoziale Volksdienst, sagt sie weiter, stehe vor allerschwerster Entscheidung, die ihn nötigen können, von seiner Handlungsfreiheit weitgehend Gebrauch zu machen. Daß die Notverordnung so nicht bleiben kann, ist ganz unsere Meinung. Allerdings möchten wir die Regierung Brüning nicht durch eine Regierung nach den Wünschen von Hugenberg und Clah ersetzt sehen. Käme eine solche Regierung, so würde auch die Notverordnung nicht so bleiben, wie sie ist, sondern wir würden noch viel schlimmere Dinge erleben.

Die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, die Diktaturpläne der Rechten zu fördern. Das überläßt sie den Kommunisten. Sie wird aber versuchen müssen, der Notverordnung die Giftzähne auszubrechen. Die Grenze dessen, was unserem Volke an Entbehrungen auferlegt werden kann, ist nicht nur erreicht, sie ist überschritten“, schreibt jetzt sogar die „Germania“. Darf man daraus und aus den Bemerkungen der „Täglichen Rundschau“ schließen, daß sich das Zentrum und die Christlichsozialen den Bestrebungen der Sozialdemokratie, eine Milderung der Notverordnung herbeizuführen, nicht entgegenstellen werden? Und wie stellt sich zu diesen Bestrebungen die Reichsregierung?

Das sind Schicksalsfragen. Sie erheischen eine rasche und klare Antwort!

Die Polizeibeamten mahnen.

In ernster Sorge um die Sicherung der Republik.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten machte in einer Zuschrift an den Leipziger Parteitag auf ernste staatspolitische Gefahren aufmerksam, die aus einer psychologisch falschen Behandlung entstehen können. In der Zuschrift heißt es unter anderem:

„Die zu erwartende Notverordnung sieht eine erneute Kürzung der Beamtenegehälter vor. Wir wollen hier nicht die Gründe wiederholen, die sich allgemein gegen eine solche anführen lassen. Wir wollen aber in berechtigter Interessensvertretung der Polizeibeamten, zu der wir als Beamtengewerkschaftler sicher berufen sind, nichts weiter tun, als unsere Mitglieder vor schweren und untragbaren Opfern schützen und dem Parteitag unsere politischen Befürworte vortragen, die sich aus einer solchen Kürzung ergeben. Dabei stellen wir offen die Frage: „Wo in aller Welt hat je ein Staat in Zeiten der Not und Gefahr den Hütern der staatlichen Sicherheit und den bemanneten Garanten der staatlichen Ordnung die Mittel zum Leben gekürzt und eingeschränkt? Wo hat je ein Staat die ihn schützende bewaffnete Macht in Stunden erhöhter Gefahr vor den Kopf gestoßen?“ Es ist Pflicht der deutschen Republik, eine den Staatsinteressen zumiderlaufende Agitation unter den Polizeibeamten zu verhindern durch Sicherstellung ihrer Lebensinteressen. Soll es wirklich der deutschen Republik vorbehalten bleiben, ihre Polizeibeamten in demselben Augenblick, wo sie dringend ihrer bedarf, mit einer Gehaltskürzung zu bedrohen, die für weite Kreise, besonders der unteren Polizeibeamtenschaft, als untragbar bezeichnet werden muß? Man kann nicht umhin, derartige Pläne gegenüber der Polizeibeamtenschaft vom Standpunkte der republikanischen Staatspolitik aus als sehr bedenklich zu bezeichnen. Damit soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß etwa die Staats- und Verfassungstreue der Polizeibeamtenschaft von der Kürzung oder Steigerung ihres Gehaltes aus zu bewerten sei. Die Vergangenheit hat genügend bewiesen, daß solche Gedanken absurd sind.“

Gegen Abbau der Reichsleistungen.

Sämtliche kommunalen Spitzenverbände haben sich gegen den Abbau der Kriegsoffenerverorgung ausgesprochen. Sie befürchten, daß der Abbau der Reichsleistungen gegenüber den Kriegsoffener eine neue Steigerung der gemeindlichen Wohlfahrtsausgaben nach sich zieht.

Karl Gareis.

Zum 10. Jahrestag seiner Ermordung.

Von Felix Fechenbach.

Die Erinnerung an Karl Gareis führt uns zurück in das düsterste Kapitel der politischen Geschichte Deutschlands, in die Zeit der Geheimbünde, der Organisation Konful, der bayerischen Einwohnerwehren, in die Zeit der Hochblüte der Fememorde. Auch Karl Gareis fiel vor jetzt 10 Jahren, am 9. Juni 1921, einem Fememord zum Opfer.

Kaum 32 Jahre war Genosse Gareis geworden, als ihn in nachtdunkler Straße die Wurdgelin der Münchener Einwohnerwehr-Feme trafen. Er war der Sohn einer bayerischen Beamtenfamilie, hatte Geschichte, Philosophie und Philologie studiert und war zum Gymnasiallehrfach gegangen. Als Offiziersstellvertreter kam er während des Krieges schwer verwundet in französische Gefangenschaft. Es ist geradezu erschütternd, was die Leidensgefährten aus der Gefangenschaft über seine hingebende Kameradschaft berichten, über die Selbstlosigkeit, mit der er sich unter Hintansetzung seines eigenen Schicksals für seine Gefährten einsetzte, um deren Los zu verbessern. Wiederholt zog er sich dadurch längere und kürzere Gefängnisstrafen zu. Aber weil er aus dem Erlebnis des Krieges, das ihn im tiefsten durchwühlt hatte, die theoretische und praktische Konsequenz gezogen hat und sich zum Sozialismus bekannte, haben ihn Nationalisten, die während des Krieges ihre Heldentaten in der Heimat vollbrachten, beschimpft und verleumdet. Die Gefinnungsreunde des Hakenkreuzlers Frid, dieses Pirmalerer Heimathelden, haben schließlich offen zu Gareis' Ermordung aufgefordert und es fanden sich dann auch dunkle Gestalten, die der Aufforderung nachkamen.

Schon 1916 war Gareis als Austauschoffizier insofern einer schweren Lungenerkrankung nach Davos gekommen. Dort fand der Siebenundzwanzigjährige nicht nur körperliche Befundung, sondern auch geistige Klarheit im Suchen nach neuer Lebensform. Das Studium des Sozialismus hatte ihn dort gefesselt und als er Ende 1917 wieder nach Bayern kam, war er überzeugter Sozialist. Er arbeitete als Assistent in verschiedenen bayerischen Gymnasien, erlebte die Revolution mit und trat später der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bei. Den selbstlosen und reinen Menschen Karl Gareis hat die bayerische Arbeiterkassette dann im Juni 1920 in den Bayerischen Landtag gewählt.

Es war eine schwere Zeit. Der Kapp-Putsch war von den faschistischen Bünden in Bayern dazu benutzt worden, die Regierung Hoffmann durch außerparlamentarischen Druck zu stürzen und an ihre Stelle dem Landtag ein Kabinett Kahr aufzuzwingen. Die Jahre der Kahr-Regierung von 1920 bis 1923 waren zugleich die Zeit, da sich die faschistischen Bünde in Bayern, vor allem die Einwohnerwehren bis zur Hochblüte entwickelten. Im Kampf gegen diese legalen und illegalen faschistischen Gewalten wuchs Gareis zur Führerpersönlichkeit. Er war bald der führende Kopf der Fraktion, beherrschte in Kürze die parlamentarische Praxis und hatte, wenn er zu einer Frage das Wort ergriff — weil er stets Wesentliches zu sagen hatte — das Ohr des Hauses, selbst die Aufmerksamkeit seiner erbittertesten politischen Gegner auf der rechten Seite des Parlamentes.

Das Jahr 1920 brachte für die U.S.P. jene schwere Krise, die schließlich zur Spaltung der Partei durch die Anhänger der Mostauer 21 Punkte führte. In diesem innerparteilichen Kampf stand Gareis von Anfang an auf der Seite der Demokratie und gegen die schematische Uebertragung russischer Methoden auf die Länder Mittel- und Westeuropas.

Es war für ihn zur politischen Notwendigkeit geworden, an der Schaffung einer großen, das gesamte Proletariat umfassenden Partei mitzuarbeiten und sich für die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien einzusetzen. Er sollte aber dieses Ziel seines Strebens nicht mehr miterleben dürfen. Dem Kampf gegen den Faschismus bezahlte er ein Jahr vor der Wiedervereinigung mit dem Leben.

Seitdem die Regierung Kahr in Bayern im Sattel saß, gewissermaßen als Volkzueher der illegalen faschistischen Bünde, war die systematische Bewaffnung der bayerischen Einwohnerwehren durchgeführt worden. Die Einwohnerwehren hatten sich als Nebenregierung in Bayern etabliert und verstanden mehr und mehr in die vollziehende Gewalt einzudringen, in der klaren Erkenntnis, daß sich im parlamentarischen System die Machtverhältnisse stärker von der Legislative nach der Exekutive verlagert hatten.

Eine der wichtigsten Positionen der Einwohnerwehrfaschisten waren ihre Vertrauensleute in der Münchener

Polizeidirektion. Polizeipräsident war der Faschist Böhner, der sich später am Hitler-Putsch beteiligte und der Leiter der politischen Abteilung im Polizeipräsidentium, der Faschist Fried, der nach dem Hitler-Putsch wegen verjührten Hochverrats zu einem Jahr drei Monaten Festungshaft verurteilt wurde und erst vor wenigen Monaten seine unrühmliche Rolle als thüringischer Innenminister ausgeübt hat.

Die politische Abteilung der Polizei arbeitete mit der Einwohnerwehr bei der Beschaffung und Bergung von illegalen Waffen zusammen und im Zusammenhang mit dieser Waffenbergung wurden 1920 und 1921 wiederholt Personen von der Einwohnerwehr-Feme ermordet, weil die Faschisten glaubten, daß durch sie ihre geheimen Waffenverschiebungen aufgedeckt werden könnten. Einen dieser Morde, den am Dienstmädchen Sandmeyer, und einen Mordversuch an dem früheren Reichswehrsoldaten Dobner, deckte Karl Gareis im Bayerischen Landtag auf und wies gemeinsam mit dem Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Timm, die Verbindung der faschistischen Mörderzentrale mit der politischen Abteilung der Münchener Polizei nach. Es war dies die erste größere gemeinsame politische Aktion der beiden sozialistischen Parteien vor der Wiedervereinigung. Die reaktionären Parteien des Bayerischen Landtags sprengten den auf Antrag Timm-Gareis eingesetzten Untersuchungsausschuß und verhinderten so die Aufklärung der skandalösen Zusammenhänge zwischen der faschistischen Mordorganisation der Einwohnerwehr und der Münchener Polizei. Die Mörder gingen straflos aus, obwohl die Möglichkeit bestanden hätte, sie der Tat zu überführen.

Von da ab wurde eine unerhörte Mordhege gegen Gareis inszeniert, den die bayerischen Faschisten als ihren gefährlichsten Gegner erkannt hatten. Gareis bekam Drohbriefe, die ihm seine Ermordung antündigten. Das hielt ihn nicht ab, im Landtag, in der Presse und in Versammlungen seinen leidenschaftlichen und rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus fortzuführen, nachdem er einmal die Gefährlichkeit des Faschismus für Republik und Demokratie erkannt hatte.

Am 9. Juni 1921, als Gareis von einer Versammlung heimkehrte, wurde er am Borganien seiner Wohnung kurz vor Mitternacht ermordet. Obwohl die Ermittlungen der Polizei in der gleichen Nacht aufgenommen wurden, begannen die Affen doch erst mit einer Vernehmung am 12. August 1921. Und zwar handelt es sich um die Vernehmung eines Parteifreundes von Gareis, der ihn an jenem Abend begleitet hatte. Ihn beschuldigte man fälschlicherweise des Mordes, verfolgte also eine völlig falsche Spur. Die wirklichen Mörder waren inzwischen längst in Sicherheit.

Im Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstags im Jahre 1926 veranlaßte Genosse Paul Levi die Verhaftung des früheren Leutnants Schweighart als des Mordes an Gareis verdächtig. Alle Spuren für die Ermordung der Sandmeyer und für die Ermordung von Gareis wiesen auf Schweighart. In der Sache Sandmeyer war auch ein Verfahren gegen Schweighart eingeleitet, aber der Beschuldigte wieder außer Verfolgung gesetzt worden, obwohl der Verdacht für seine Beteiligung am Mord fortbestand. Paul Levi hatte im Untersuchungsausschuß nachgewiesen, daß dem Schweighart durch Vermittlung der politischen Abteilung der Münchener Polizei — die unter Fricke's Leitung stand — ein Paß auf einen falschen Namen besorgt worden war, mit dem er kurz nach dem Mord an Gareis nach Oesterreich floh. Trotzdem ist der Mord bis heute ungeklärt und die Amnestie der Fememörder, die mit kommunistischer Hilfe im vorigen Jahr im Reichstag beschlossen wurde, nimmt jede Möglichkeit, daß der Mord an Karl Gareis je geklärt wird.

Krawalle in Dresden.

Blutiges Nachspiel zu Chemnitz.

Dresden, 8. Juni.

Die vom Polizeipräsidentium Dresden mitgeteilt wird, wurden am Sonntagabend drei mit Bouqener und Löblauer Nationalsozialisten besetzte Kraftwagen, die vom nationalsozialistischen Treffen in Chemnitz kamen und in der Bernerstraße in Dresden-Lößlau tonen wollten, von einem Trupp politischer Gegner mit Steinen beworfen. Dabei ging die Windschutzscheibe des Kraftwagens in Trümmer und der Kraftwagenführer erlitt erhebliche Kopfverletzungen.

Zwei Polizeibeamte eilten herbei und nahmen die Verfolgung der Täter auf, die in den Bürgergarten flüchteten, wo gerade eine Veranstaltung der kommunistischen Roten Hilfe stattfand. Die beiden in den Bürgergarten eindringenden Polizeibeamten und die ihnen folgenden Nationalsozialisten wurden sofort vom Saale her mit Biergläsern usw. beworfen. Um sich durchzusetzen, mußten die Beamten ihre Pistolen ziehen. Zwischen den nachfolgenden Nationalsozialisten und den im Saale anwesenden Kommunisten kam es zu einer schweren Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten Leichtverletzte gab. Dem Ueberfallkommando gelang es, die Ruhe bald wiederherzustellen. Dabei wurden die Beamten wiederholt von Angehörigen der Roten Hilfe angegriffen.

Fünfzehn Teilnehmer der Versammlung wurden verhaftet und im Polizeipräsidentium den Nationalsozialisten, die von den Kommunisten als Angreifer bezeichnet wurden, gegenübergestellt. Eine Durchsuchung der Nationalsozialisten nach Waffen verlief ergebnislos. Drei Schwerverletzte mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Eine von dem Polizeibericht stark abweichende Darstellung gibt uns ein Eigenbericht über die gefährlichen Vorfälle. Nach diesem Bericht haben die Nationalsozialisten, die auf Kraftwagen vom dem sächsischen Gau zurückkehrten, in der Dresdener Vorstadt Lößlau das kommunistische Standortquartier im Restaurant Bürgergarten gestürmt. In dem Lokal veranstaltete die internationale Arbeiterhilfe zur Zeit des Ueberfalls ein Tanzergnügen. Vier Personen wurden schwer, zahlreiche leicht verletzt.

Mit den Nationalsozialisten in das Lokal eingedrungen waren und die Menge auseinanderstob, wurde sie von den Kommissaren, Glasern, Küchenbedienten, Tassen und Tellern beworfen. Beschlagene Fenster, eingetretene Türen, zertrümmerte Stühle gaben Zeugnis von dem Treiben der offenbar nicht mehr nüchternen, vielfach mit Stoß- und Hiebmassen versehenen Angreifer. Die Polizei nahm auffälligerweise zunächst 15 bis 20 Zivilisten fest, bei denen aber keine Waffen gefunden wurden. Die hauptbeteiligten Nazis wurden erst später festgenommen.

Was sagt die Parteipresse?

Stimmen zum Leipziger Parteitag.

Leipziger Volkszeitung:

Der Parteitag hat nur einmal das Verhältnis der Kräfte zwischen den einzelnen „Schattierungen“ festgelegt. Das geschah bei der Abstimmung über den Antrag, durch den die Disziplin der Fraktionen in den einzelnen Körperschaften für die Zukunft festgelegt worden ist. Der Antrag, dessen Fassung vom Parteivorstand vorgeschlagen worden war, wurde mit 524 gegen 62 Stimmen angenommen. Die Mißbilligung des Verhaltens der neun Genossen wurde vorher in einfacher Abstimmung gegen 17 Stimmen beschlossen. Aber auch das obige, durch namentliche Abstimmung festgestellte Verhältnis der Kräfte über die Stärke der einzelnen Gruppen. Der Genosse Wels hatte abgelehnt, über den letzten Satz besonders abstimmen zu lassen. Er lautet: „Zu widerhandlungen gelten als parteischädigendes Verhalten.“ Zu widerhandlungen können demnach den Ausschluß zur Folge haben. Diese letzte Konsequenz zu ziehen, weigerte sich beispielsweise die Mehrheit der Berliner Landmannschaft. Der Mitteltag, nach dem der Parteitag „von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperschaften ein einheitliches und geschlossenes Auftreten“ fordert, wäre andernfalls gegen etwa 30 Stimmen angenommen worden, so daß die eigentliche Opposition auf dem Parteitag nicht mehr als etwa drei Duzend Delegierte umfaßte.

Man vergleiche das mit den Krasipproben, die in Magdeburg bei der Bohrfrage gemacht worden sind. Dort ergab sich eine außerordentlich starke Minderheit. In Leipzig war sie auf rund drei Duzend Delegierte zusammengeschrumpft, obwohl die Belastungen, die der Partei nach dem 14. September erstanden sind, kaum zu vergleichen waren mit dem, was die Koalitionsära Hermann Müller der Partei auch in den schlimmsten Zeiten brachte. Wenn trotzdem die Opposition keinen weiteren Raum zu gewinnen vermochte, dann bezeugt das im Angesicht all dieser Schwierigkeiten, daß der Wille zur Geschlossenheit und Einheit als unbedingte Notwendigkeit anerkannt worden ist. Dies ist ferner der Ausdruck für die Erkenntnis, daß unter dem Zwang der Verhältnisse eine in ihren Grundzügen andere Taktik nicht möglich ist. Gewiß bleibt trotzdem für die Kritik mancherlei Gelegenheit. Man kann geleiteter Meinung sein, ob die Forderungen der Partei, der Reichstagsfraktion, immer mit dem wünschenswerten Nachdruck vertreten worden sind. Aber kaum drei Duzend Mann haben den Gedanken offen zum Ausdruck zu bringen versucht, daß die Kera der Tolerierung beendet und damit den Faschisten der Weg geebnet werden solle.

„Volkszeitung Düsseldorf“ (O. F. Schulz):

Die Opposition gegen die Parteiführung ist angesichts des wachsenden Zeitgeschehens bis auf eine kleine Gruppe zusammengeschmolzen. ... Dieses Bild verstärkte sich von Tag zu Tag. Wenn man von der nicht wegzuleugnenden Tatsache ausgeht, daß jede Bewegung ihre Opposition hat, so kann man im Interesse der Bewegung nur wünschen, daß diese Opposition so gut geführt wird, daß die Gesamtbewegung davon Nutzen hat. Solange Paul Levi die geistige Leitung der Parteioptionen hatte, konnte man von einer intellektuell durchgebildeten Opposition sprechen. Mit dem Tode Levis ist das anders geworden. Die Opposition hat kein Gesicht mehr, sie ist ohne Führung. Das kam auf dem Parteitag in besagelter Weise zum Ausdruck, schließlich nicht nur durch den völligen Mißerfolg des Auftretens, sondern das trat auch durch die Zerplitterung der an sich schwachen Kräfte in die Erscheinung.

„Das Volk“, Jena-Weimar:

Auch wenn wir den neun Genossen den guten Glauben zubilligen, daß sie nach dem Grundsatz gehandelt haben, die Idee müßte

immer höher stehen als die Partei, so müssen wir ihnen doch sagen, daß ihnen das noch lange nicht das Recht gibt, die Disziplin zu brechen. Bei der Frage der Parteireueabstimmung aber hat es sich für die neun Genossen weniger um die Idee (gegen ein Mordwerkzeug für den Krieg) als vielmehr, und das ist das Entscheidende, um eine Protestaktion gegen die Tolerierungspolitik der Reichstagsfraktion gehandelt. Und da mußte der Parteitag eingreifen. Er hat das getan mit einer Deutlichkeit und Schärfe, die Wiederholungen ausschließen. In Zukunft stellt sich jeder Funktionär außerhalb der Partei, der sich der Fraktionsdisziplin nicht fügen will. Ein Abgeordneter der Sozialdemokratie ist in erster Linie ein Funktionär, den die Partei als Vertreter in das Parlament schickt, um dort die Ziele und Forderungen der Partei zu vertreten und zu propagieren. Wenn er anders handelt, so ist er entweder für eine solche Funktion nicht geeignet, oder er treibt mit dem ihm von der Partei übertragenen Amt Mißbrauch.

„Sächsisches Volksblatt“, Zwickau (W. Sendewitz)

Politische und sachliche Meinungsverschiedenheiten über den einflussreichen Weg zu dem gemeinsamen Ziel sind allerdings in der Sozialdemokratischen Partei vorhanden, sie sind mit aller Klarheit und Deutlichkeit auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht worden, aber der Parteivorstand Wels hatte durchaus recht, wenn er in seinem Schlusswort ausdrücklich feststellte, daß alle Sozialdemokraten und alle Redner des Parteitages nur von dem gemeinsamen Willen befeuert waren, der Partei, der Arbeiterklasse und dem Sozialismus zu dienen.

Das ganz besondere Charakteristikum dieses Leipziger Parteitages war, daß er keinerlei klare politische Entscheidung getroffen hat, daß er den politischen Entscheidungen über die brennenden Fragen aus dem Wege gegangen ist. Mit den Mitteln der Geschäftsführung und der Regie wurde von der Parteileitung eine klare Stellungnahme zu der weiteren Fortführung der Tolerierungspolitik und der jetzt herauskommenden neuen Rotverordnung der Regierung Brünning verhindert. Insbesondere dadurch, daß alle zur Tolerierungspolitik und zu der neuen Rotverordnung Stellung nehmenden Anträge der Parteilisten als erledigt erklärt wurden durch Annahme anderer vom Parteivorstand schnell eingetragener Anträge oder durch Uebergang zur Tagesordnung. So hatten die Delegierten des Parteitages bei den politischen Entscheidungen immer nur abzustimmen, ob sie diesen oder jenen Antrag durch die Annahme eines anderen Antrags für erledigt betrachten wollen, oder ob sie über diesen oder jenen Antrag zur Tagesordnung übergehen wollen, nie aber darüber, ob sie für die Fortführung der Tolerierungspolitik und ob sie für oder gegen die neuen Rotverordnungen sind. Diese Taktik der Parteileitung, alle klaren politischen Entscheidungen zu verhindern, sind nicht zuletzt auch ein Beweis dafür, daß die Mehrheit für oder gegen die Fortführung der Tolerierungspolitik auch auf diesem Parteitag eine sehr zweifelhafte war und daß darum durchaus nicht erwiesen ist, ob sich bei einer klaren Entscheidung nicht eine Mehrheit gegen die neuen Rotverordnungen und gegen die Fortführung der Tolerierungspolitik ausgesprochen hätte. Jedenfalls zeigt das Ausweichen vor der politischen Entscheidung die schwache Position der Parteimehrheit, die auf dem Parteitag über die Schwierigkeiten hinwegkommen wollte dadurch, daß sie die Entscheidung über die in der Gegenwart brennenden politischen Fragen der Reichstagsfraktion zugehoben hat, die nach einem Beschluß des Parteitages am Freitag kommender Woche zusammenzutreten soll, um zu der neuen Rotverordnung und zu der eventuellen Einberufung des Reichstags Stellung zu nehmen.

Stegerwald verteidigt Rotverordnung.

Rundgebung der christlichen Gewerkschaften.

Giese, 8. Juni.

In einer großen Rundgebung der christlichen Gewerkschaften des Niederrheins sprach am Sonntag Reichsordnungsminister Dr. Stegerwald über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung. Er führte aus:

Wir befinden uns inmitten einer großen Wirtschafts- und Finanzkrise. Reich, Länder, Gemeinden und Arbeitslosenversicherung weisen ein Defizit von weit über zwei Milliarden RM. auf. Diese Beobachtungen sind keine bloße deutsche Erscheinung, sie sind eine Folge der Weltwirtschaftskrise. Neben uns hat Amerika im letzten Jahre 3,5 Milliarden und rechnet im laufenden Jahre mit 6 bis 7 Milliarden RM. Defizit in seinem Staatshaushalt. Auch England, Italien, Australien, Oesterreich usw. stehen in den größten Sorgen um die Balancierung ihrer öffentlichen Haushalte. Diese Länder, insbesondere die reicheren, befinden sich aber trotzdem in einer unergieblicheren Lage als Deutschland, da sie noch auf Reserven zurückgreifen können. Deutschlands Steuerquellen und Möglichkeiten sind aber reiflos ausgeschöpft.

In dem Sanierungsprogramm der Reichsregierung wird von allen Seiten die Kritik einsehen; sie kann sie vertragen und ist überzeugt, daß keine Regierung ein wesentlich anderes Programm vorlegen könnte. Wenn bei den Ländern 70-80 Proz., bei den Gemeinden einschließlich der Wohlfahrtsverbände ebenfalls 80 und mehr Prozent Personalausgaben sind, dann ist es selbstverständlich, daß auch auf die Personalausgaben zurückgegriffen werden mußte. Ohne erneute Heranziehung der Beamten war die gemeindliche Wohlfahrtsverbände für die Jugend nicht in Ordnung zu bringen.

Das deutsche Volk besteht zu 65 Proz. aus Lohn- und Gehaltsempfängern. Nach der neuen Gehaltskürzung der Beamten werden in der öffentlichen und in der Privatwirtschaft 1931 rund 8½ bis 9 Milliarden RM. Gehälter und Löhne weniger bezahlt als 1929. Davon entfällt etwa die Hälfte auf vermehrte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Preise sind nicht in dem gleichen Ausmaß gesunken, als infolge vermehrter Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Kürzung der Bezüge der in Arbeit stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gesamtlohn in der deutschen Volkswirtschaft sich vermindert hat. Die Gehalts- und Lohnpolitik muß künftig, von Unausgeglichenheiten abgesehen, im ganzen vorzüglich behandelt werden, wenn nicht ein weiterer größerer, innerlich nicht ausbalancierter Schrumpfungszustand eintreten soll.

Die Reichsregierung verlangt von dem deutschen Volke unbedingte und harte Opfer. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen künftig für Arbeitslosenversicherung und den Krisenfonds etwa 8½ Proz. der Grundlöhne. Das sind Opfer, wie sie kein zweites Land der Welt kennt. Das müssen auch die Arbeitslosen

würdigen. Wenn auch ihre Lage sehr schwer ist, müssen sie doch bedenken, daß auch bei erschwerter und gekürzten Bezügen neben England kein zweiter Staat der Welt für seine Arbeitslosen in solchem Ausmaß und mit ähnlicher Pflanzfähigkeit sorgte wie Deutschland.

Die Krankheitsursachen der Welt, die ungeheure Wirtschaftskrise zu beseitigen, liegt nicht in des deutschen Volkes Kraft und Macht. Wohl aber kann Deutschland, nachdem es mit großen Anstrengungen sein eigenes Haus so gut als möglich bestellt hat, sagen: Jetzt ist die Stunde Europas und Amerikas gekommen. Es geht nicht bloß um die Rettung Deutschlands; es geht um die seit Jahrhunderten ererbte europäische Kultur und Zivilisation.

Nazi-Abgeordneter als Revolvergeschütze.

Wuppertal, 8. Juni.

Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es hier am Sonntagabend zu einem Zusammenstoß, zu dem die Polizei heute folgende Einzelheiten mitteilt: Etwa 15 Nationalsozialisten wollten sich nach Eberfeld, dem Treffpunkt für einen bei der Polizei angeordneten Rechtsmarsch begeben. Unterwegs wurden sie von Angehörigen der kommunistischen Partei überfallen, wobei ein Kommunist durch einen Schuß verletzt wurde. Zur Feststellung des Sachverhalts nahm die Polizei 13 Zwangsgestellungen vor. Unter den Verhafteten befindet sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Beller, der nach übereinstimmenden Angaben mehrmals geschossen und dann die Waffe einem Gefinnungsgenossen weitergegeben haben soll. Nach Vernehmung zahlreicher Personen wurden die Festgenommenen im Laufe des Sonntags wieder entlassen.

Das Refetol des Genossen Larnow über „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse, das auf dem Leipziger Parteitag gehalten wurde, ist soeben in Brochürenform erschienen. Preis 20 Pfennig. Zu haben in der Parteibuchhandlung 3. W. H. Dieß, Rahl, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 und sämtlichen „Vorwärts“-Speditionen.

Erich Mühsam und das Volkslied. In unserer Sonntagsausgabe hatten wir die Karikaturenreihe „Wäldergeselle und Kammerherr“ mit dem Motto versehen: „Es war einmal ein Wäldergeselle, ein frecher Geselle, ein toller Geselle“ und diese Zeile als „alles Volkslied“ bezeichnet. Hierzu teil uns Erich Mühsam mit, daß dieses Volkslied von ihm herrührt und erst auf das gehäufte Alter von 20 Jahren zurückblickt. — Um so besser! Volkstümlicher kann ein Dichter bei Lebzeiten doch gar nicht werden.

Keine Unterbrechung der Arbeit der Republikanischen Beschwerdebefehle. In der rechtsstehenden Presse wird jetzt die Meinung verbreitet, daß „endlich der Betrieb der Republikanischen Beschwerdebefehle beendet“ ist. Diese Meinung entspricht, wie die Beschwerdebefehle mitteilt, in keiner Weise der Tatsache. Die Arbeit der Beschwerdebefehle im Kampf gegen die offenen und versteckten Gegner der Republik geht ungebrochen weiter, gleichzeitig bleibt die Gewähr für unbedingte Diskretion allen Mitarbeitern gegenüber erhalten.

Rampftagung der Konsumvereine.

Der Zentralverband in Magdeburg.

Magdeburg, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Am Montag wurde in Magdeburg der 28. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in der festlich geschmückten Stadthalle vom Senior der Genossenschaftsbewegung, Heinrich Lorenz, eröffnet. Orgelspiel und Gesang der Arbeiterfänger gaben den Begrüßungen einen feierlichen Aufschwung. Viele Behörden des Reiches, Preußens, der Provinz Sachsen, der Stadt Magdeburg, die Spitzenvereinigungen der freien Gewerkschaften und der Gewerkschaftsverbände, zahlreiche ausländische Groß-einkaufsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften haben ihre Vertreter entsandt, die der Tagung ihren vollen Erfolg wünschten.

In der Reihe der Begrüßungsansprachen erregte die Rede des Magdeburger Oberbürgermeisters Reuter durch sein tiefes soziales Verständnis für die Genossenschaftsbewegung besonderes Interesse. Die Schilderungen der Vertreter des Auslandes ließen die Fortschritte in der internationalen Genossenschaftsbewegung erkennen. Vertreten sind 360 Konsumvereine mit 804 Stimmen und 39 Gäste.

Die Magdeburger Tagung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ist eine Kampf- und Aufbau-tagung in einem ganz besonderen Sinne. Die Schlag- und Werbetaktik der Konsumvereine hat sich in dem schweren Krisenjahr 1930 von neuem bewiesen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 2,99 auf 3,05 Millionen Familien. Die Spareinlagen, die die Mitglieder ihren Vereinen anvertraut haben, erhöhten sich von 374 auf 406 Millionen Mark. Das Wachstum früherer Jahre ließ sich gewiß nicht aufrechterhalten. Aber es ist ein Zeichen von unergieblicher Werbetaktik, daß trotz der furchtbaren Not der Massen die Mitgliederzahl und die Summe des den Vereinen anvertrauten Kapitals weiter gestiegen ist.

Das vergangene Jahr war aber auch deshalb ein besonders schweres Jahr, weil die wirtschaftliche Reaktion im Kampf gegen die Konsumvereine Triumphe feiern konnte. Befehlsgewalt und Rechtsprechung sollten die Konsumvereine schwächen. Die Verbraucherorganisationen wurden mit einer Sonderumsatzsteuer belastet, die Gerichte, die ordentlichen und die der Finanzhöfe, nahmen einseitig für den privaten Handel gegen die Konsumvereine Partei. Dazu kam eine Zollpolitik des Reiches, die nicht nur die Lebenshaltung der Massen verteuerte, sondern auch die billige Verfertigung der arbeitenden Massen durch die Konsumvereine in Frage stellte.

Die so furchtbar herabgedrückte Kaufkraft der deutschen Volksmassen könnte zur Behebung der Gesamtwirtschaft und auch zur Überwindung der Arbeitslosigkeit viel fruchtbarer genutzt werden, als es heute geschieht, wenn sich Staat und Öffentlichkeit der allgemeinen verbilligenden und die Preise nach unten regulierenden Funktion der Konsumvereine voll bemüht wären. Leider ist das nicht der Fall. Um so größer ist die Aufgabe der arbeitenden Massen selbst, die für eine bessere wirtschaftliche Gesellschaftsordnung kämpfen, aus eigener Kraft den Wirkungsbereich zu erweitern und zu vertiefen.

„Im Westen nichts Neues“ zugelassen. Aber nur für geschlossene Veranstaltungen.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ ist auf Antrag der Herstellerfirma am Montag von der Berliner Filmprüfstelle zur Aufführung in geschlossenen Veranstaltungen zugelassen worden. Er darf, jedoch nur vor den geschlossenen Körperschaften des Reiches und der Länder sowie in geschlossenen Veranstaltungen der nachstehend genannten Organisationen durchgeführt werden, zu denen nur Mitglieder dieser Organisationen und deren Familienangehörige Zutritt haben und deren Vorstände einen ordnungsmäßigen Verlauf der Veranstaltung gewährleisten. Der Film darf aufgeführt werden:

- durch Verbände und Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen;
- durch Verbände, Arbeitsgemeinschaften und andere Vereinigungen, die dem Zweck des internationalen Friedens dienen;
- durch Berufsverbände, Berufsvereine, Ständes- und Bildungsvereinigungen.

Ausgeschlossen von der Aufführung sind Vereinigungen, die sich zum Zweck der Vorbereitung des Bildstreifens bilden. Vorstehend bezeichneten geschlossenen Veranstaltungen nicht vorgeführt werden.

Das Verbot des Films durch die Oberprüfstelle ist mit dem vorstehend wiedergegebenen Spruch zunächst zu einem Teil wieder gutgemacht. Es erfolgte seinerzeit unter dem Druck der Straße. Sie führte den Kampf gegen den Film mit weißen Mäusen, Blindstreichern, Steinbomben und ähnlichen Karikaturen der Hitlerbewegung. Die Filmoberprüfstelle kapituliert. Sie begründete das Verbot damit, daß der Film das deutsche Ansehen im Ausland schädige und gab sich damit selbst über die Grenzen Deutschlands hinaus der Lächerlichkeit preis. Keineswegs ist von den Herren Sachverständigen des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums zu sagen, die es vorgezogen haben, bei der neuen Prüfung am Montag erst gar nicht zu erscheinen, obwohl der Film in seinem deutschen Urtext kaum wesentlich geändert worden ist. Insgesamt sind 60 Meter gestrichen worden.

Die Gewerkschaften, das Reichsbanner und alle anderen republikanischen Organisationen Deutschlands werden in den nächsten Monaten dazu beitragen, daß der Film in Massenveranstaltungen gezeigt wird.

Völlig unverständlich und durch nichts zu begründen ist das Verbot der Vorführung des Bildstreifens für Jugendliche. Den jungen Menschen, die erst während des Krieges und später geboren wurden, muß in allererster Linie ein wahrheitsgetreues Bild des Krieges vorgehalten werden, damit sie wenigstens eine kleine Vorstellung davon erhalten, was der heranwachsenden Generation in einem künftigen Kriege bevorsteht.

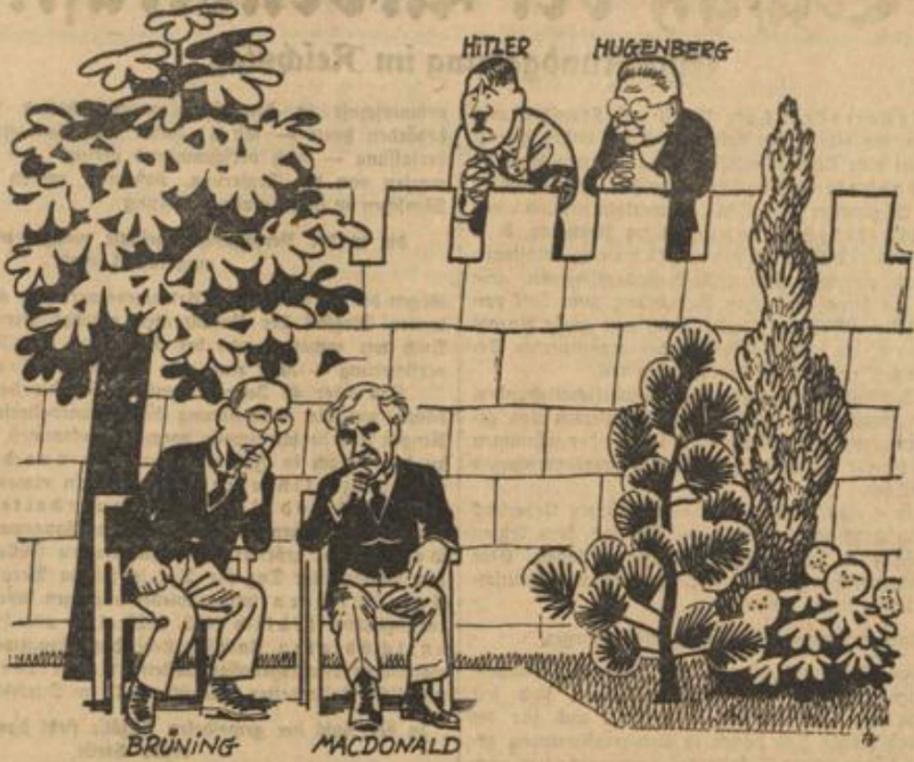
Ludin begnadigt.

Sofort aus der Festungshaft entlassen.

Der im Leipziger Reichswehrprozeß zu Festungshaft verurteilte Leutnant Ludin ist, einer Blättermeldung zufolge, am Sonnabend früh aus der Festungshaft entlassen worden. Leutnant Ludin hatte vor einiger Zeit ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten gerichtet.

Grasynski wird ausgezeichnet. Der polnische Staatspräsident hat mehrere Führer des Verbandes der Schlesienschen Aufständischen, darunter den Wojewoden Grasynski, mit dem Unabhängigkeitskreuz und der Unabhängigkeitsmedaille ausgezeichnet.

Zaungäste in Chequers.



Die deutschen Nationalisten: „Lieber Gott, laß möglichst wenig dabei für Deutschland herauskommen!“

Staatsvertrag mit der Landeskirche

Beratung im Preussischen Landtag.

Zu Beginn der Montagssitzung überwies der Preussische Landtag zunächst eine Anzahl Anträge über Unwetter Schäden dem Hauptausschuß, ebenso einen Antrag über die Rotlage der Kleinschiffer. Drei neue Siedlungsgesetze wurden dem Siedlungsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Abg. Schwenk (Komm.) beantragt, ein kommunistisches Mittrauensvotum gegen das Staatsministerium, begründet mit der neuen Ratsverordnung des Reiches, auf die Tagesordnung zu legen.

Der sofortigen Beratung wird von Zentrumsseite widersprochen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.)

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Erste Lesung der

Staatsverträge mit den evangelischen Landeskirchen.

Abg. Schwenk (Komm.) beantragt die Herbeiführung des Ministerpräsidenten.

Abg. Schulz-Neußeln (Komm.): Der Ministerpräsident soll selbst seine Schandpolitik hier verteidigen. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Kommunisten, heftigster Widerspruch gegen Otto Braun. — Abg. Kuchel: Welcher Parteistrom hat Euch denn wieder die Komödie befohlen? — Heiterkeit und Beifall links und in der Mitte.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. (Neue Värmisungen.)

Kultusminister Dr. Grimme:

Als vor zwei Jahren der Landtag dem katholischen Kirchenvertrag zustimmte, hat die Mehrheit entsprechende Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen gewünscht. Geleitet vom Paritätsgedanken ist das Staatsministerium diesem Wunsch des Landtages nachgekommen, und das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen liegt Ihnen jetzt vor. Die Resolution von 1918 hat auch das Verhältnis von Staat und Kirche grundlegend geändert. (Widerpruch und Lärm bei den Komm.) Bis 1918 war der Träger der staatlichen Spitze zugleich Träger der höchsten Kirchengewalt. Diese einheitliche oberste Spitze verschwand, als das preussische Königtum zu existieren aufhörte. Solange die Einheit von Thron und Altar gegeben war, war für einen Kirchenvertrag kein Raum. Anders nach 1918. Die Weimarer Verfassung nimmt die Trennung von Staat und Kirche in Aussicht. (Stürmischer Widerspruch bei den Komm.) Aber zur Durchführung der geliebten Ablösung der Kirchenrechte wären Mittel erforderlich, die heute außerhalb aller Diskussionen stehen. Es bleibt also nur die vertragliche Abgrenzung des Reiches des Staates und des Reiches der Kirche übrig. Der Gedanke einer solchen Abgrenzung ist erstmalig 1848 ausgesprochen worden. Aber natürlich hat man ihn in der nachfolgenden Reaktionsperiode nicht ausgeführt. Auch heute wird ein solcher Vertrag für manche kirchlich gesinnten Staatsbürger die schmerzliche Aufgabe dessen bedeuten, was ihn mit dem Wesen der evangelischen Landeskirche untrennbar verknüpft schien, das Aufgeben des Monarchen als obersten Landesbischof.

Es ist nicht meine Aufgabe, mit dieser Auffassung zu streiten; mit dieser innerkirchlichen Frage müssen die evangelischen Landeskirchen selbst fertig werden. Ihre Mehrheit hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Organisationsgefüge der evangelischen Kirche so gestaltet ist, daß sie nicht im gleichen Maße der Anlehnung an den Staat bedarf wie zu Luthers Zeit. Die Kirche im neuen republikanischen Staat wird also frei sein; aber diese Freiheit der Kirche findet eine Grenze da, wo sie die Freiheit des Staates gefährden könnte. Mit diesem Vertrag endet endgültig die Identifizierung des Staates mit einer bestimmten Religionsgemeinschaft.

Der Staat will künftig sämtlichen Religionen und, wie ich ausdrücklich hinzugefügt, Weltanschauungen mit voller Parität gegenüberstehen.

Im Preussischen Landtag kann an dem Vertrag nur die Frage interessieren, ob in ihm die staatlichen Interessen genügend gesichert und die staatlichen Hoheitsrechte ausreichend gewahrt sind. Die politische Klausel soll verhindern, daß die Freiheit, die der Staat der Kirche gibt, sich gegen ihn selbst wendet. Zwei Mächte können nur dann friedlich zusammenleben, wenn sie sich gegenseitig die Freiheit garantieren. Die Zustände der letzten sieben Jahre bedeuten eine einseitige Verpflichtung des Staates, ohne daß die Kirche zu irgendeiner Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen des Staates verpflichtet war. Jetzt wird eine neue Demarkationslinie gezogen: die Kirche verpflichtet sich, von ihrer Freiheit keinen Gebrauch zu machen, der die staatliche Freiheit gefährden könnte. Dieses positive Verhältnis zu Staat und Staatsform haben die Vertreter der Kirche bei den Verhandlungen für eine Selbstverständlichkeit erklärt. (Vormittlicher Widerspruch bei den Komm.) Der grundsätzliche Widerspruch gegen diese Auffassung ging bestimmt nicht von der linken Seite aus, sondern von jenen, die an ihrem Ideal der Wiederherstellung der Einheit von Thron und Altar festhalten. Sonst aber ist die Stellung zu diesem Kirchenvertrag meist

nicht nach der Parteizugehörigkeit erfolgt, weil er die Weltanschauung des einzelnen berührt. Er führt aus den eigentlichen parteipolitischen Bezirken heraus und stellt ein Befriedigungswort dar, dessen letzter Sinn es ist, daß der freie Staat allen Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften ohne Unterschied in voller Parität das Lebensrecht garantiert. Es kann auch ein nationaler Gewinn darin liegen, wenn die kirchlichen Kreise in Zukunft dem Staat von Weimar nicht mehr unterstellen können, daß seine religiöse Parität Religionsfeindschaft bedeute. Mögen sich Volksstaat und Volkskirche in Zukunft immer im Dienst der sozialen Idee begegnen! (Großer Lärm bei den Komm. Beifall in der Mitte.)

Abg. Koch-Dehnhauen (Dnat.): Wir begrüßen die vertragliche Sicherung der Kirchenrechte. Aber wir haben gegen die politische Klausel erhebliche Bedenken.

Abg. Riders (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion erkennt an, daß Paritätsgründe das Staatsministerium veranlaßt haben, dem Landtag diesen Entwurf vorzulegen. Wir begrüßen, daß der Vertrag mit keinem Wort auf die Schule Bezug nimmt und sich dadurch sehr wesentlich von den bayerischen Konfessionsverträgen unterscheidet. Nachdem das katholische Konfessionsgesetz in Preußen auf jede Bezugnahme auf die Schule verzichtet hat, war das freilich eine Selbstverständlichkeit. Auch die Anstellung der Religionslehrer an den Pädagogischen Akademien bleibt ausschließlich Staatsangelegenheit. Die politische Klausel im § 7 des Vertrages erscheint geeignet, die evangelischen Kirchen zu veranlassen, staatsfeindlichen Bestrebungen in ihren Kreisen stärker als bisher entgegenzutreten.

Trotz dieser Vorzüge des Vertragsentwurfs haben wir ernste Bedenken. Als seinerzeit der Landtag diesen Vertrag mit den evangelischen Kirchen forderte, haben wir unsere Bedenken bereits geltend gemacht und uns der Stimme enthalten.

Der Grundfah der Parität ist bisher auf die Freidenkerorganisationen nicht angewendet worden. Wir müssen verlangen, daß das Verhältnismäßig bald nachgeholt wird.

Die gegenwärtige finanzielle Lage des Staates hat bei allen kulturellen und sozialen Aufgaben zu großen Abstrichen geführt; eine Mehrbelastung des Staates zugunsten kirchlicher Zwecke erscheint uns daher gegenwärtig kaum tragbar. Wir müssen diese Bedenken um so mehr in den Vordergrund rücken, als die evangelischen Landeskirchen es bisher verabsäumt haben, sich auf den republikanischen Volksstaat einzustellen. Stahlheimgewalt und Naziparlament sind außerordentlich unerfreuliche Erscheinungen und nicht geeignet, in der Volks- und Arbeitermasse die Hoffnung zu nähren, daß die Kirchen von diesem Entgegenkommen des Staates den richtigen Gebrauch machen werden. Die sozialdemokratischen und republikanischen Volkstreue haben kein Verständnis dafür, daß die evangelische Kirchenleitung nicht wie das katholische Episkopat vor den rechtsradikalen Parteien gewahrt und zum Ausdruck gebracht hat, daß die Ansichten dieser Parteien sich schlechterdings mit dem Geist des Christentums in keiner Weise vertragen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir behalten uns unsere endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor.

Abg. Ausländer (Komm.): Die christliche Kirche ist der Kulturschutzmus.

Abg. Stendel (D. Sp.): Wir bedauern außerordentlich, daß für Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Kirche nicht ein obligatorisches Schiedsgericht vorgezogen ist. Ein Teil meiner Freunde wird daher den Vertrag ablehnen.

Abg. Baedeker (Deutsche Fraktion): Wir wollen nicht die Gleichberechtigung der Weltanschauungen, sondern den christlichen Staat für uns ist dieser Vertrag kein befriedigender Ausdruck der historischen, kulturellen und nationalen Stellung der evangelischen Kirche in Preußen. Aber wir erhoffen in Baldie eine Staatsleitung, der auch die evangelischen Kirchen Vertrauen schenken können.

Abg. Graue (D. Staatsp.): Gegen die Resolution, die diesen Vertrag forderte, haben vor zwei Jahren nur Kommunisten und Deutsche Volkspartei gestimmt. Wenn die Kommunisten hier von Ausplünderung des Staates und der Volksmassen zugunsten der Pfaffen sprechen, so stellen wir die einfache Tatsache fest: der Vertrag erhöht die Kirchenrenten um 1,2 Millionen; aber die gegenwärtige Regierung und der gegenwärtige Landtag haben den Staatszuschuß an die evangelische Kirche um 7 Millionen gekürzt.

Abg. Hestermann (Sp.): Wir begrüßen dieses Friedenswort.

Abg. Lindner (Christl.-Soz. Volksdienst): Unsere ursprünglichen Bedenken gegen den Vertrag sind nach seiner Annahme durch die obersten Kirchenbehörden geschwunden.

Abg. Dr. Graf von Poladomsky: Dieser Vertrag ist mit der Reichsverfassung unvereinbar.

Abg. Schulz-Neußeln (Komm.): Wir werden die Kirche zerstören. (Lärm bei den Komm.) Allen Kirchen den roten Hahn aufs Dach! Nieder mit den Pfaffen! Nieder mit Brüning und nieder mit Braun-Severing! (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Komm.)

Damit schließt die Debatte. Kirchenvertrag und Pfarrerechtsverfassung gehen an den Hauptausschuß.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. Zweite Lesung.

Schutz der Arbeitskraft!

Eine Kundgebung im Reichstag.

Schutz der Arbeitskraft vor Unfall und Krankheit war nie nötiger als heute, wo die Renten gekürzt und die Löhne gesenkt werden und wo schon eine kleine Verfümmelung für den Arbeiter Sturz in Dauerarbeitslosigkeit bedeutet. Kein Wunder also, wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den Vierten Bauarbeiterschutkongress im Reichstag, d. h. mehr in Hörweite der Reichsregierung, eröffnete. Nahezu 400 Delegierte aus dem ganzen Reich sind erschienen. Sie sind zum Teil von den baugewerblichen Verbänden, zum Teil von den Bauarbeiterschuttkommissionen entsandt. Auch eine große Anzahl Baukontrolleure, die aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft hervorgegangen, nehmen an der Tagung teil.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, begrüßte die Gäste und Delegierten und gedachte des vor kurzem verstorbenen Gustav Heinke, der zusammen mit Silberstein für die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes bahnbrechend gewirkt hat.

Nahezu 18 Jahre — führte Leipart in einem kurzen Ueberblick über die Bauarbeiterschuttbewegung aus — sind seit dem letzten Bauarbeiterschuttkongress im Jahre 1913 in Leipzig verstrichen. Eine lange Zeit, in der sich manches geändert hat. Damals war Deutschland ein blühendes Land, heute sieht es

unter den Nachwirkungen eines verlorenen Krieges,

die einen umfassenden Arbeiterschutzes erst recht notwendig machen. Die Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau sind seit 1 1/2 Jahren vereinheitlicht, die für den Tiefbau und für die Montage von Stahlbauten sind damit in Uebereinstimmung gebracht; leider sind die beiden letzten Unfallverhütungsvorschriften noch nicht in Kraft getreten. Hoffentlich werden die Beratungen über den Entwurf einer „Musterverordnung zum Schutz gegen Gefahren bei Bauarbeiten“, der den Gewerkschaften vor kurzem zur Stellungnahme zugeleitet wurde, so beschleunigt, daß auch diese Bestimmungen spätestens am Ende des Jahres in Kraft treten können. Nach Einführung dieses Schlusstückes wäre dann die der heutigen Zeit und der modernen Bauweise Rechnung tragende

einheitliche Grundlage für den Bauarbeiterschutzes

geschaffen. Ungelöst sind noch die Fragen der Bauaufsicht, an der sich Baupolizei, Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften beteiligen. Dieses Nebeneinander ist wenig wirtschaftlich. Der ADGB hat bereits 1928 zur Vereinheitlichung der Arbeitsschutzvorschriften Vorschläge gemacht. Gesehen ist bis jetzt nichts, obwohl die Regierung auf Sparflamme drängt. Der Deutsche Städtetag hat den Abbau der Baukontrolleure angeregt. Wir erheben dagegen Protest. Nicht Abbau, sondern Vermehrung der Baukontrolleure ist notwendig, und wir erwägen hierfür auch die Unterstützung des preussischen Wohlfahrtsministers.

Für die Entwicklung des gesamten Arbeiterschutzes ist die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Verwaltung der Unfallversicherung von größter Bedeutung. Trotz des im Artikel 161 der Verfassung aufgestellten Grundgesetzes der maßgebenden Mitwirkung der Versicherten ist der Einfluß der Arbeit-

nehmerschaft in den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden heute — fast 11 Jahre nach Inkrafttreten der Reichsverfassung — noch verschwindend gering. Die Gewerkschaften erwarten von der Regierung, daß nun endlich den 24 Millionen Menschen in der Unfallversicherung

die in der Verfassung zugesagte maßgebende Mitwirkung eingeräumt wird.

Gegen die Förderung der Arbeitgeberverbände auf Abbau und teilweisen Wegfall der Unfallrenten erheben wir schärfsten Protest. Auch wir erwarten von der Regierung eine Reform der Unfallversicherung — aber eine zum Nutzen der Versicherten.

Seit über 40 Jahren bemühen sich die baugewerblichen Verbände um die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes. In zähem Ringen sind sie schrittweise vorwärts gekommen. Ziel ist aber noch zu tun. Auch in Zukunft können wir nur durch Einigkeit und diszipliniertes Vorgehen etwas erreichen.

Zweck und Ziel des Bauarbeiterschutzes wurde von dem Vorsitzenden des Deutschen Bauergewerksbundes, Nikolaus Bernhard, erörtert. Er schilderte die Flüße der Gefahren, die den Bauarbeiter Tag für Tag in seinem Beruf bedrohen und die Unfallziffern immer wieder ansteigen lassen. Im Jahre 1927 verunglückten tödlich 1032, 1928: 1150 und 1929: 872. Mit den entzündigten Unfällen steht das Baugewerbe unter den gewerblichen Berufsgenossenschaften an zweiter Stelle, mit 9,42 pro 1000 Vollarbeiter gegenüber 5,47 im Durchschnitt, und

in der Zahl der gemeldeten Unfälle steht das Baugewerbe an erster Stelle

mit 139,40 Unfällen pro 1000 Vollarbeiter gegenüber 91,83 im Durchschnitt der 69 Berufsgenossenschaften.

An einer ausreichenden Ueberwachung der Bauten fehlt es noch sehr. Noch nicht jede zweite Baustelle wird nach der berufsgenossenschaftlichen Kontrollstatistik einmal im Jahr revidiert. Das ist sträflich wenig. Würden nicht neben den 137 Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften auch noch 240 Arbeiterkontrolleure und die Polizeibehörden vorhanden sein, dann wäre es um die Bauarbeiterschuttkontrolle schlimm bestellt. Die Betriebsvertretungen sind nicht unabhängig genug, um etwas durchzusetzen.

Die Arbeiterfürsorge auf den Bauten liegt noch sehr im Argen. Zehntausende von Bauarbeitern müssen noch immer ihre Mahlzeiten bei jeder Bitterung im Freien einnehmen, während für die Baumaterialien ein geschützter Raum vorhanden ist. Es fehlt noch vielfach an Waschgelegenheiten; die Arbeiter sind meistens in erbärmlichem Zustand und ein hoher auf Sitte und Anstand. Die Frauenarbeit am Bau ist noch immer nicht restlos beseitigt, obwohl sie an sich ungesund ist. Auch eine ernsthaftige Lohngarantie für die Bauarbeiter besteht nicht. Wenn über dem Baupespekulant der Pflögeleier freist, sind die Bauarbeiter meistens die Leidtragenden.

Die Kundgebung fand ihren Abschluß mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung im Sinne der Ausführungen von Leipart und Bernhard.

über den angeblich freiwilligen Arbeitsdienst folgende Tatsachen feststellen:

Die hierfür in Betracht kommenden Jugendlichen scheiden von vornherein aus, weil sie in 90 von 100 Fällen nicht mehr Anspruch auf Unterstützung haben und somit ihre Unterstützung zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes gleichfalls wegfällt. Oder rechnet man damit, daß die Jugendlichen, denen man künftig nur noch das Recht zur Beitragszahlung lassen will, erheblich in ihrer Freiwilligkeit gefördert werden, wenn man ihnen die Pflicht des Unterstützungsbezuges abnimmt?

Für die Reichsanstalt kämen eigentlich nur die „Versicherten“ über 21 Jahre in Betracht. Da die Rotverordnung den Arbeitsämtern anheimstellt, den Bezug von Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen und gleichzeitig die Bestimmung aufhebt, monach Pflichtarbeit keine Arbeit sein darf, die sonst von einem Arbeitnehmer in regelmäßiger Arbeit gemacht werden müßte, ist es ohne weiteres klar, daß es sich hier um eine „freiwillige“ Arbeitspflicht auch für den über 21 Jahre alten Arbeitslosen handelt. Ob die Rolle, die diese „freiwillige“ Arbeitspflicht spielen wird, groß sein wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Wie ihre moralische Wirkung sein, welche politische Folgen sich aus ihr ergeben müßten, darüber kann ein Zweifel kaum bestehen.

Kommunistische Pläne.

Gegen die Gewerkschaften.

Die Bezirksleitung der KPD, Berlin-Brandenburg mit Lausitz-Grenzmark hat seinerzeit eine Resolution beschossen, die die „rote Fahne“ im Umfang von über drei Spalten am Sonntag veröffentlichte. „Festgestellt“ wird darin: „Es beginnt eine Untergrabung der Massenbasis der Sozialdemokratie (Durchführung allgemeiner Diskussionsstage und Konferenzen mit den SPD- Arbeitern).“

Der längste Abschnitt ist den „ernsten Mängeln und Schwächen“ gewidmet. „Besonders schwerwiegend sind die im Durchschnitt sehr unbefriedigenden Ergebnisse in der Berliner Metallindustrie und bei der BVG, sowie das katastrophale Versagen der Parteiorganisation im Lausitzer Bergrevier.“

Der Kohlerstreik habe bewiesen, daß den Kommunisten, die diesen Kampf führten, die notwendige Verbindung mit der politischen Arbeit der KPD. fehle und daß sie die Mandrierfähigkeit der Reformisten bei keinen Kämpfen nicht richtig einschätzten. „Der Kohlerstreik sowie eine ganze Reihe anderer Fälle beweisen auch, daß die Oppositionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften völlig unzulänglich geleistet wird.“ Die Revolutionenmacher

erkennen offenbar, daß die kommunistischen Quertreibereien innerhalb der Gewerkschaften heute nicht mehr so leicht sind als früher.

„Eine weitere Schwäche zeigt sich gegenwärtig in der Organisation des Landarbeiterstreiks. Die kommunistischen Ortsgruppen sind im allgemeinen noch nicht fähig, solche Streiks auszuführen (!) und zu führen“. Besonders zu führen.

Um den ersten Mängeln der Schwächen abzuwehren, ist es dringend erforderlich, den Reformisten auch innerhalb der großen Gewerkschaftsorganisationen, die sie noch beherrschen (Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände), als geschlossene revolutionäre Opposition gegenüberzutreten und eine entscheidende Wendung in der Gesamtpartei vorzunehmen (die wieselle „Wendung“ ist das? Sieh. d. „B.“), „um die bisher stark vernachlässigte (!) Oppositionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften unermüdetlich zu verstärken“.

Die KPD, mit ihrer KPD, soll sich besonders einsetzen für Kampf der BVG-Arbeiter, den der Berliner Metallarbeiter und den der Landarbeiter. Die „Arbeit“ auf dem Lande soll intensiver betrieben werden, „energische Organisation und Führung von Landarbeiterstreiks“ durchgeführt und die Parteiortgruppen der KPD, zur Einstellung ihrer Arbeit auf den Streik erzwungen werden.

U. a. will die KPD, „systematische Massendiskussion der Parteimitgliedschaft mit den SPD-Arbeitern und stärkere Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten“.

Nun, die Berliner Bezirksleitung der KPD, wird noch manche ellenlange Resolution produzieren und noch manche „Wendung“ machen müssen, bevor ihren ersten Mängeln und Schwächen abgeholfen ist. Die SPD-Arbeiter verzichteten auf die „systematischen Massendiskussionen“, denen die KPD, sie zu unterwerfen gedenkt, und was die „revolutionäre Opposition“ in den Gewerkschaften betrifft, ist schon dafür gesorgt, daß die Bäumchen der KPD, nicht zu hoch wachsen.

Katholische Faschisten?

Koblenz, 8. Juni. (Eigenbericht.)

In der Abtei Marialoch fand am Sonntag eine interne Konferenz katholischer Politiker, Wirtschaftsführer, Arbeitervertreter und einflussreicher Sozialwissenschaftler statt. Professor Ullmar Spann, der bekannte Wiener Soziologe, der seit vielen Jahren die heute im faschistischen Korporativstaat erfüllte „Ständeidee“ vertritt und einer der theoretischen Führer des österreichischen Heimwehrfaschismus war, hielt das Hauptreferat. Die Leitung der Konferenz lag in Händen des Privatdozenten Dr. A. Dempf, einem Mann, der für die Ständeideologie den soziologischen Unterbau zu legen versucht und in den letzten Jahren bei den Zentrumstagungen und politischen Kursen der katholischen Studentenschaft wiederholt hervorgetreten ist. Diese Ideologen eines katholisch begründeten Faschismus haben bisher im politischen Katholizismus der Nachkriegszeit wenig Verständnis gefunden. Jetzt betrachten sie ihre Zeit anscheinend für gekommen.

Eine französische Rotverordnung.

Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung

Paris, 8. Juni. (Eigenbericht.)

Auf Grund einer vom Arbeitsminister erlassenen Verordnung ist die Dauer der Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung von fünf auf sechs Monate verlängert worden. Der Erlaß ist zeitlich nicht begrenzt. Da nur 41.000 Arbeitslose unterstützt werden, kostet das dem französischen Staat nicht viel.

Verhandlungen im Augsburgener Textilkonflikt.

Augsburg, 8. Juni.

Der bei der Baumwollspinnerei am Stadtbach ausgebrochene wilde Streik ist heute wieder beigelegt worden. Die Belegschaft ist heute fast vollständig zur Arbeit erschienen.

Die Aussperrung in der Augsburgener Stadtbachspinnerei wird in diesen Tagen in Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und den Textilarbeiterverbänden aus der Welt geschafft werden. Die Aussperrung, von der 1400 Arbeiter betroffen wurden, ist die Folge eines von der kommunistischen KPD, angezettelten wilden Streiks Unorganisierter. Der Streik war ein Fehlschlag.

Deutscher Regierungsrat Georg Kleinow, der Leiter des Deutschen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, hält am Donnerstag, dem 11. Juni, 20 Uhr, im großen Saal der Deutschen Hochschule für Politik, W. 26, Schinkelplatz 6, einen öffentlichen Vortrag über: „Die deutschen Arbeiterschaft in den Betrieben der Corporationen“. Eintritt frei.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, 19 1/2 Uhr, legen die Gruppen: Ullrichs; Gruppenheim Ebershof; Pissardstr. 1. Spielabend auf der Rebowiese. — Schöneberg: Jugendheim Riederstraße 20. Berlin: Str. 31. Wäldchenstr. im Keller. — Friedl. Hall: Pissardstr. 20. — Pankow: Jugendheim Riffstr. 48. — Köpenick: 3. Köpenicker Arbeiterbewegung; Köpenick. — Genshagen: Genshagen 34-36. Coal 11. Wie sehen wir zum Arbeiterbund? — Wedding: Jugendheim Wäldchenstr. 3. 2 Treppen. Zimmer 11. Die Arbeiterschaft in Frankfurt. — Neu-Westend: Jugendheim Genshagenstr. 44. Wie leben die Frauen an den selben, christlichen und kirchlichen Gewerkschaften? — Prenzlauer Berg: Ullrichs, Jugendheim Pissardstr. 18. Die Gewerkschaftsarbeit der deutschen freien Gewerkschaften. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Pissardstr. 22. Die Frau im Gewerkschaften. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Pissardstr. 44 (Rant-Schule). Sonntags ab 19 Uhr. Wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterschaft. — Prenzlauer Berg: Schule Wäldchenstr. 34 (Kochhaus). Jugend-Gewerkschaft, Riffstr. und Wäldchen.

Juendorpue des Zentralverbandes der Angestellten

Am Dienstag folgende Veranstaltungen: Köpenick: Jugendheim Genshagenstr. 44. Wäldchenstr. 34. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 18-19. Pankow: Der Ullrichs im Arbeiterbund. — Prenzlauer Berg: Genshagenstr. 44. 20 Uhr in der Turnhalle Prenzlauer Berg. — Prenzlauer Berg: Ullrichs über im Arbeiterbund ab 19 Uhr. — Spiel im Freien ab 18 Uhr. Sportplatz Prenzlauer Berg. im Schillerpark und auf der Wäldchenstr. im Treppturm Park.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: G. Ullrich; Revolution: Dr. John Edinowitsch; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Ed. Glaser; Familien in Berlin, Berlin: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Wolf Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 3. Seite 2 Beilage.

Die Kohlenfrage in Genf.

Spanische Vermittlungsvorschläge.

Genf, 8. Juni.

Wie heute den ganzen Tag vertraulich geführten Verhandlungen innerhalb der Gruppe der Regierungvertreter der internationalen Arbeitskonferenz über die endgültige Stellungnahme zu der jetzt für das gesamte Arbeitszeitabkommen im Kohlenbergbau entscheidend gewordene Frage der Ueberstundenregelung im Braunkohlenbergbau sind zunächst ohne Ergebnis verhandelt worden. Zur Verhandlung gelangte ein Kompromißvorschlag, der den übrigen Regierungen den Antrag der deutschen Regierung auf Erhöhung der im Abkommen vorgesehenen Ueberstunden für den Braunkohleentagebau und Braunkohlentiefbau annehmbar machen sollte. Nach diesem Kompromißvorschlag, der von dem spanischen Regierungvertreter vorgebracht wurde, soll die Ueberstundenregelung im Braunkohlenbergbau lediglich auf Grund tariflicher Vereinbarungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zulässig sein. Ferner wurde eine Herabsetzung der von der deutschen Regierung geforderten Erhöhung der Ueberstunden im Braunkohleentagebau auf 250 und im Braunkohlentiefbau auf 150 behandelt. In den Verhandlungen haben die Vertreter der deutschen und der englischen Regierung auf Grund der Londoner Vereinbarung eine übereinstimmende Haltung eingenommen. Eine Stellungnahme der deutschen Regierungvertreter zu den Kompromißvorschlägen liegt bisher noch nicht vor.

Freiwilliger Arbeitsdienst?

Präsident Syrup prophezeit ihr eine große Zukunft.

Der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup sprach gestern auf einer Kundgebung des Reichsverbandes für Herren- und Knabenbekleidung über „aktuelle Probleme des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbeschaffung“. Er kam dabei auch auf die Arbeitsdienstpflicht zu sprechen, die er als utopisch bezeichnete. Aber die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes werde in nächster Zeit eine große Rolle spielen. Das Schwierige dabei werde die Auswahl der Arbeiten sein. Es dürfe sich nur um Arbeiten handeln, die lediglich persönliche Aufwendungen und nicht nennenswerte Materialaufwendung erfordere.

Soll man annehmen, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung habe die Rotverordnung der Reichsregierung entweder nicht aufmerksam genug gelesen oder nicht richtig verstanden? Oder soll man annehmen, Herr Dr. Syrup glaubt, anderen sei es so ergangen? Jedenfalls wollen wir

MAGGI'S Suppen 10 Pfg.

kosten nur noch **10** Pfg. der Würfel



Ladenplünderer vor Gericht

Wegen schweren Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis.

Die ungeheure Not schafft Gärung und Verzweiflung. Unverantwortliche Elemente machen sich die feilsche Ausweglosigkeit junger Menschen zunutze und heben sie in Ladenplünderungen hinein, in Verbrechen gegen Eigentum und Ordnung, die der Arbeitslosigkeit und Not keine Lösung, die Verheizen aber ins Gefängnis bringen.

Zwei solche Ladenplünderer verantworteten sich gestern vor dem Schnellrichtergesicht wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Plünderung und Diebstahl. Beide Angeklagten, junge Burschen, der eine seit anderthalb Jahr ohne Arbeit für eine Unterstützung von 18 M., der andere seit fast zwei Jahren arbeitslos, er wohnt bei den Eltern — trafen sich des Morgens um 4. Juni und verabredeten sich, am Nachmittag irgendwo etwas Eßbares zu holen. Glaubt man ihnen, so haben sie den Beschluß unabhängig von anderen gefaßt und waren dann am Nachmittag, ausgerüstet mit ihren Aktentaschen, in die Filiale des Nordstern, Ecke Reichenberger und Kaufinger Straße hineingegangen, hatten jeder drei Würste in ihre Aktentasche verpackt und wurden unmittelbar danach auf der Straße gefaßt. Die Zeugen wollten es aber anders wissen. Etwa zehn bis zwölf Burschen, sämtlich mit Aktentaschen in der Hand, drangen in den Laden, hielten sich vom Schaufenster und vom Vordritsch Würste, im ganzen etwa einen Zentner, und verschlangen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte einen von den beiden, der bereits einmal wegen unbefugten Waffensbesitzes bestraft war, zu sechs Monaten drei Wochen Gefängnis, den anderen zu sechs Monaten Gefängnis — die Mindeststrafe für schweren Landfriedensbruch. In der Urteilsverkündung führte Landgerichtsdirektor Steinhaus aus, daß es sich bei der Straftat nicht um einen

Einzelfall, sondern um ein Glied in einer ganzen Kette von Plünderungen handle, die in den letzten Wochen in gewissen Gegenden Berlins die Kaufleute in Furcht und Schrecken versetzt hätten. Es sind dies nicht impulsiv entstandene Plünderungen von jungen Burschen, sondern Aktionen, die von einer bestimmten Stelle lanciert und beeinflusst werden. Wenn es sich um wirklich hungrige Menschen handeln würde, die sich nicht anders als durch einen Diebstahl in einem Bäckerladen oder Wurstladen zu helfen wußten, so könnte man vielleicht von Mitleid reden. Hier dagegen hatte eine Verabredung stattgefunden. Die Angeklagten und die anderen nicht verhafteten jungen Burschen hatten speziell zum Zweck der Plünderung ihre Aktentaschen mitgenommen. Der Haftbefehl gegen die Angeklagten blieb aufrechterhalten; die Frage der Bewährungsfrist soll erst nach angelegten Ermittlungen geprüft werden.

Die beiden jungen Leute, die während der Gerichtsverhandlung guten Mutes schienen, machten während der Urteilsverkündung ä ußerst ernste Gesichter; man merkte es ihnen an, daß sie den Ernst der Lage gar nicht erfaßt hatten; daß es schwerer Landfriedensbruch sei, daran hatten sie nicht gedacht, und das hatten ihnen die Einflüsterer und Hauptschuldige nicht gesagt. Es ist an dieser Stelle bereits einmal die Anregung gemacht worden, Urteile wie dieses hier, öffentlich zu plakatieren. Es wäre zweifelsohne unbedingt erforderlich, daß man an sämtlichen Stempelposten Berlins bekanntmache, daß ähnliche Handlungen unter schweren Landfriedensbruch fallen und daß die Mindeststrafe sechs Monate Gefängnis, die Höchststrafe Zuchthaus ist. Vielleicht würden sich die jungen Leute doch noch überlegen, ob es sich lohnt, wegen der paar Pfund Wurst, die doch keine Erleichterung in ihrer Not bedeutet, auf Monate ins Gefängnis zu wandern.

Helfershelfer S. sind geständig, in den letzten beiden Wochen acht Laubeneindrücke verübt zu haben. Da das Treiben aber schon seit dem Einsetzen der warmen Jahreszeit geht, kommen wahrscheinlich viel mehr Diebstähle auf das Konto. Von dem gestohlenen Gut konnte bisher nichts wieder herbeigeschafft werden.

Theaterkrawall in Bad Homburg. Nazis veranstalten Schießerei — Panik im Publikum.

Zu geradezu ungläublichen Standschrecken kam es im Kurtheater von Bad Homburg anlässlich der Aufführung eines Scherzspiels „Keine der Fuchs“.

Da die Nationalsozialisten in Erfahrung gebracht hatten, daß der unter einem Pseudonym in Erscheinung getretene Autor des Stückes der Verleger der „Frankfurter Zeitung“ Dr. Heinrich Simon war, versuchten sie unter ohrenbetäubendem Lärm die Aufführung zu verhindern. Um ihrem Gebrüll den nötigen Nachdruck zu verleihen, gaben sie zahlreiche Revolvergeschüsse ab. Unter den Theaterbesuchern, darunter vielen Kindern, brach eine riesige Panik aus. Polizei mußte schließlich in das Theater eindringen und die tobenden Nazis zur Vernunft bringen.

Das Erd- und Seebeben. Auch in Holland und Aachen verspürt.

Amsterdam, 8. Juni. (Eigenbericht)

Das Erd- und Seebeben im südwestlichen Nordseebecken, von dem in der Nacht zum Sonntag die englische Hauptstadt betroffen wurde, ist auf vielen Plätzen in Holland wahrgenommen worden. Es wurde bis in die Gegend von Aachen verspürt.

Am stärksten machte sich das Beben auf der Insel Texel bemerkbar, wo nachts um 2 Uhr die gesamte Bevölkerung wach wurde. In der Provinz Nordholland fielen in Bergen auch Bilder von den Wänden. In Haarlem wurden viele Bewohner durch ein lautes unterirdisches Geräusch geweckt. In der Provinz Südholland machten sich namentlich im Haag Erdstöße bemerkbar. Sie blieben jedoch auf den Norden der Stadt und Scheveningen beschränkt. Hier trat das Erdbeben ziemlich heftig auf. Weitere Beobachtungen werden aus Witmar und Deventer gemeldet.

In Aachen sind zahlreiche Leute aufgewacht und haben beobachtet, wie leichtere Gegenstände von dem Stöße hin und her bewegt wurden. Die Erdbebenkarte hat leider keine Aufzeichnungen machen können, da sich der Aachener Seismograph nicht mehr in Tätigkeit befindet.

Aus dem 4. Stock in die Tiefe.

Im Hause Swinemünder Straße 76, im Norden Berlins, spielte sich gestern ein entsetzlicher Vorfalle ab.

Die 65jährige Witwe Bema Wilkade aus der Unterwasserstraße 92, die dort bei ihrer Schwiegermutter zu Besuch weilte, stürzte aus dem Fenster der im 4. Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße hinab. Mit schweren Verletzungen wurde die alte Frau durch die Fegerwehr ins Krankenhaus gebracht. Bei der Entlassung konnte jedoch nur noch der Tod festgestellt werden. Ob ein Unfallfall vorliegt oder es sich um die Verzweiflungstat einer Lebensmüden handelt, ist noch Gegenstand der kriminalpolizeilichen Ermittlungen.

Wechsel im Dezernat für Fürsorgeerziehung.

Im Landesjugendamts ist der Dezernat für Fürsorgeerziehung und Kindergartenwesen, Obermagistratsrat Knauth, aus organisatorischen Gründen von seinem Posten abberufen worden. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Man spricht davon, daß Direktor Krebs vom Erziehungsheim Lindenhof das Dezernat übernehmen wird. Ob Magistratsrat Knauth mit einem anderen Dezernat betraut wird, ist ebenfalls noch Gegenstand von

Der Kube-Schwindel.

Nachprüfung gibts nicht, wenns gegen Margiften geht.

Die leichtfertig gewisse Kreise vorgehen, wenn es sich darum handelt, Vertreter der Republik zu verunglimpfen und zu belächeln, zeigte ein Prozeß, der vor der I. Großen Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Krüger stattfand.

Der praktische Arzt Dr. Alfred Braun aus Bremerhaven hatte an den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Kube einen Brief gerichtet, in dem es hieß, daß der damalige preußische Minister des Innern Grzesinski sich nach der Rückkehr von dem Amerikaflug des „Graf Zeppelin“ bei einem von der Stadt Bremerhaven veranstalteten Empfang so schwer betrunken habe, daß er den Blicken der anderen Anwesenden durch eine Rollwand entzogen werden mußte. Das genügte Herrn Kube, den Brief ohne jede Nachprüfung im Landtag zu verlesen und in Versammlungsgängen bekanntzugeben. Das „einzig, was er ändern war, daß er den angeblichen Vorgang von Bremerhaven nach Wesermünde verlegte.

An der ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. Grzesinski hatte überhaupt an gar keinem Empfang teilgenommen, sondern war vom Schiff ohne jeden Aufenthalt nach Berlin zurückgefahren. Wie die nationalsozialistischen Verleumder nachher mit billiger Entschuldigung sagten, lag eine leicht nachprüfbare Personenverwechslung vor. Man richtete sich aber nach dem Sage: Immer frech verleumdend, es bleibt schon etwas hängen. Dr. Braun war wegen Beleidigung und übler Nachrede zu 500 Mark Geldstrafe, Herr Kube zu 1000 Mark verurteilt worden. Gegen das Strafmaß hatte Dr. Braun Be-

rufung eingelegt, und die Strafkammer setzte die Strafe auf 300 Mark herab, da sich der schwerhörige Angeklagte in schlechter Wirtschaftslage befindet. Ausdrücklich betont aber das Gericht, daß die Berufungsinstanz genau wie das Schöffengericht die Schwere der Tat und die Schuld des Angeklagten festgestellt habe. Es handelte sich um durch nichts bewiesene Behauptungen und um eine schwere Beleidigung des damaligen preussischen Innenministers.

Festnahme zweier Laubendiebe.

Der jüngere war der Anführer.

Seit einiger Zeit wurden die Laubendiebe in Tempelhofer und Reuökölln empfindlich bestraft. Während der Nacht drangen Eindringler in die Häuschen ein und schleppten alles weg, was sich nur irgendwie verwerten ließ, Haushaltsgegenstände, Gartengeräte, Wäsche, Kleidungsstücke, ja, sogar die eisernen Feldbetten. Am Sonntag legten sich nun Kriminalbeamte des Reviers 218 auf die Lauer, um den nächsten Eindringlingen endlich auf die Spur zu kommen. Sie sahen auch bald einen älteren Mann und einen Jungen annarshieren und nahmen beide fest, als sie das Häuschen aufbrachen. Die Erstgippen sind ein 18 Jahre alter Hans F. und ein 49 Jahre alter Rudolf S. Bei der Vernehmung hat sich jelsamerweise herausgestellt, daß der junge Bursche der Anführer zu diesen Diebereien gewesen ist und daß der ältere sich seinen Anordnungen fügte. Die treibende Kraft zu den Beutezügen war die Mutter des Hans F., die ihren Sohn und ihren Liebhaber S. allnächtlich ausschickte. Frau F. wurde ebenfalls festgenommen, man entließ sie dann aber vorläufig wieder, da sie ein kleines Kind zu versorgen hat. Hans F. und sein



Der geklumte englische Stoff riß entzwei, es klang wie der Ruf einer Waise. Die Lehne war mit mächtigem Krach zur Seite geschleudert. Die Schahgräber zerrten das Futter weg, zogen die kupfernen Nägel heraus und versenkten ihre Finger in die weiche Füllung. Die beunruhigten Sprungfedern surrten. Binnen fünf Minuten war der Stuhl in seine Bestandteile aufgelöst. Nach allen Seiten hin rollten die Sprungfedern. Der Wind trug die verkaufte Füllung über den Platz hin. Die gebogenen Beine lagen in einer Grube. Es waren keine Brillanten da.

„Nun, haben Sie etwas gefunden?“ fragte Worobjew leuchtend.

Vater Fedor war mit Wolle bedeckt, er atmete schwer und schwieg.

„Sie sind ein Abenteuerer“, rief Worobjew, „Vater Fedor, ich werde Sie ohrfeigen!“

„Dazu haben Sie zu kurze Arme“, erwiderte der Priester.

„Wohin wollen Sie jetzt gehen, schmutzig, in diesem Zustand?“

„Was geht das Sie an?“

„Schämen Sie sich, Vater! Sie sind einfach ein Dieb.“

„Ich habe Ihnen nichts gestohlen.“

„Wie haben Sie denn von der Sache erfahren? Sie haben das Beichtgeheimnis zu Ihren Gunsten ausgenützt? Sehr gut! Sehr edel!“

Worobjew verließ mit einem empörten „Pfui!“ den Platz und wandte sich, im Gehen die Ärmel seines Mantels pudelnd, nach Hause.

An der Kreuzung zweier Boulevards erblickte er seinen Kompagnon. Er war ihm seitlich zugewendet, stand mit erhobenem Fuß da, er ließ sich den oberen Teil seiner Schuhe mit einer lanariengelben Creme pudeln. Worobjew eilte auf ihn zu. Der Direktor summete leise und sorglos einen Schimmy: „Früher machten es die Botokuden...“

„Erzählen Sie mir jetzt nichts“, sagte er rasch, „Sie sind zu aufgeregt, beruhigen Sie sich.“ Ostap gab dem Schuhpuher sieben Kopelen, nahm Worobjew unter den Arm und schleppte ihn mit sich durch die Strahlen.

„Jetzt heraus damit.“

Ostap hörte mit gespannter Aufmerksamkeit alles an, was ihm der erregte Worobjew erzählte. „Aha! Kleiner, schwarzer Bart? Sehr richtig! Ueberzieher mit Persianertragen? Ich verstehe. Das ist der Stuhl aus dem Armenhaus. Er hat ihn heute früh für drei Rubel gekauft.“

„Warten Sie doch...“ Und Worobjew schilderte dem Generaldirektor die ganze Niederträchtigkeit Vater Fedors. Ostap ward düster.

„Haule Sache“, sagte er. „Ein geheimnisvoller Begner. Wir müssen ihm zuvorkommen. Seine Tracht Prügel hat er bei uns aufgehoben.“

Die Freunde begaben sich in das Gasthaus „Stenka Rasin“ und speisten dort. Nachdem Ostap noch in Erfahrung gebracht hatte, wo früher das Wohnungsamt war und welches Amt sich jetzt in dem Hause befand, endete dieser Tag.

Papagei.

Schlosser und Kartenausschlägerin.

Ein feuchter, dunkler Morgengang führte in den Hof des Hauses Nummer sieben in der Perleschingasse. Dort befanden sich zwei Türen, knapp über den scharsen Steinen des Hofplatzes. Ueber der rechten Tür hing ein Messingschild, darauf war in Kurrentschrift graviert: W. R. Polesow. — Ueber der linken Tür hing ein weißes Blechschild: Roben und Hüte.

Das alles war aber nur Schein. Im Roben- und Hüteatelier gab es keine Hüte, keine Mannequins, keine Stulpen für graziose Damenhüte. Dagegen haufte in der Dreizimmerwohnung unter anderm ein schneeweißer Papagei in roten Höschen. Der fraß ganze Tage lang Körner und spuckte die Schalen durch das Gitter seines Turmfäßgins. Dunkelbraune Vorhänge an den Fenstern. Ueber dem Klavier eine Kopie des Böcklinbildes „Insel der Toten“ unter Glas, in einem Phantasierahmen. Ein Stück Glas fehlte und der ungehägte Teil des Bildes war von Fliegen derart beschmutzt, daß man im unklaren blieb, was auf diesem Teil der Insel vorging.

Im Schlafzimmer sah die Hausfrau auf dem Bett. Sie stützte sich mit dem Ellbogen auf einen achtseitigen Tisch und legte Karten aus. Die Witwe Orizewa sah vor ihr, in einen wollenen Schal gehüllt.

„Berechne Gnädige, vorerst muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß ich für eine Seance bei mir mindestens fünfzig Kopelen berechne.“

„Bitte sehr, aber vor allem die Zukunft“, bat die Witwe kläglich.

Die Hausfrau begann die Karten auszulegen. Kurz darauf schon vermochte sie das Schicksal der Witwe zu verkünden. „Große und kleine Unannehmlichkeiten warten Ihrer. Treff-König liegt auf Ihrem Herzen, der mit einer Karo-Dame befreundet ist.“

Dann las sie aus der Hand. Die Handlinien der Witwe waren klar, kräftig, tadellos. Die Lebenslinie so lang, daß ihr Ende den Puls berührte. Die Linien des Verstandes und Kunstsinnes gaben sogar der Hoffnung Raum, daß die Witwe die Obsthändlerung aufgeben und sodann in absehbarer Zeit der Menschheit ansehnliche Meisterwerke in irgendeinem Zweig der Kunst oder der Wissenschaft schenken würde. Die Bemühungen waren mächtig wie die Berge der Mandschurei und ließen wunderbare Schätze an Liebe und Zärtlichkeit ahnen.

Das alles erklärte die Kartenausschlägerin der Witwe und gebrauchte dabei Ausdrücke, wie sie eben nur im Milieu der Graphologen, Chiromanten und Pierdehändler üblich sind.

„Ich danke Ihnen, Madame“, sagte die Witwe, „ich weiß schon, wer der Treff-König ist. Und auch die Karo-Dame ist mir bekannt. Gibt der König aber Heiratsausicht?“

„Der König? Jawohl, es scheint so, meine Gnädige.“

Von neuer Hoffnung beflügelt, ging die Witwe nach Hause. Und die Kartenausschlägerin gähnte, ließ den Rücken einer fünfzigjährigen sehen und begab sich zum Brunnen.

Das schütterte graue Haar, die schlaffen, weit ausladenden Hüften — sie war alt, und wenn Worobjew sie jetzt gesehen hätte, hätte er nie Elena Baur in ihr wiedererkannt, die schöne Frau des Staatsanwalts. Die von ihm so sehr geliebte Elena, von der der Gerichtsfretär gefogt hatte: „Sie ist so duftig, sie ist so lustig.“

Madame Baur wurde beim Brunnen von ihrem Nachbar, dem Schlosser Viktor Michailowitsch Polesow begrüßt. Polesow füllte Wasser in einen Benzinhälter. Er hatte das Gesicht eines Teufels aus der Operette, den man besonders lange mit Ruß beschmiert hat, bevor man ihn auf die Scene hinausläßt.

(Fortsetzung folgt.)

Erwägungen. Obermagistratsrat Knauth, der seit langen Jahren im Fürsorgewesen tätig ist, galt als Sachkenner, doch wurde sein Name in der Angelegenheit Scheuen lediglich in oft etwas unlieblicher Weise genannt. Seine Abberufung wird vom Magistrat auf rein organisatorische Gründe zurückgeführt.

Gemecker.

Jeder Berliner kennt und liebt die Mitmenschen, die bei jedem Vergnügen, bei jeder geselligen Veranstaltung etwas zu „meckern“ haben, denen nie etwas richtig und gut genug gemacht werden kann. In der Kommunalverwaltung spielen diese Rolle der Meckerer die Kommunisten. Jeder vernünftige Mensch muß anerkennen, daß die Berliner Stadtverwaltung unter führendem sozialdemokratischen Einfluß gerade auf dem Gebiet des Badewesens in den letzten Jahren Vorbildliches geschaffen hat, Einrichtungen, um die Berlin von vielen Städten der Welt beneidet wird.

In der kommunistischen Presse aber jündet man auch darüber nur Gemecker. Spaltenlang meckert sich ein Herr in der Münzbergpresse über das „Disebad Wannsee“ aus. Es paßt ihm nichts. Wenn der anspruchsvolle Herr eine Einzelzelle für den ganzen Tag nehmen müß, so könne das kein Rinderbrennender bezahlen. Ja, warum muß man denn das? Mindestens 99 Proz. der Besucher führen sich sehr wohl bei den Beschäftigten oder in den großen Garderobenhallen. Wer aber die 30 bzw. 20 Pf. dafür nicht hat, den stört keiner, wenn er sich einfach am Strande auszieht, wie das alltäglich Tausende tun, die so das Garderobegeld gänzlich sparen. Auch das Restaurant ist dem kommunistischen Meckerer zu teuer. Offenbar sieht er nicht, daß die große Masse der Besucher nach altem Berliner Brauch, genau wie sie das bei jedem anderen Sonntagsausflug auch tun, sich ihre Stullen und sonstigen Speiseartikel mitbringen. Ebenso regt er die meisten nicht auf, daß man für die Vermietung des Tischtennis 60 Pf. zahlen muß, während sie hinausgegangen sind, um Wasser, Luft und Sonne zu genießen, aber nicht, um allerhand modische Fragen zu treiben, mit denen sich die westlichen Snobs amüßeren, die aber für die Gesundheit und die Erholung auch nicht einen Deut beitragen.

Run aber die Hauptbeschwerde des Meckerers: Es ist ihm viel zu heiß; es gebe kaum einen Weg, um über die im Sande liegenden Massen ins Wasser zu gelangen. Diese Behauptung ist zwar stark übertrieben, aber immerhin hat der Meckerer darin recht, daß das Strandbad im Jahre 1930 anderthalb Millionen Besucher hatte, und daß an einzelnen heißen Tagen Besuchsziffern von 40 000 und mehr zu verzeichnen waren. Aber ist dieser Massenbesuch nicht die beste Widerlegung seiner Nörgerei? Würden die Zehntausende denn wirklich das Strandbad bis zum letzten Fleckchen ausnützen, wenn alles nur verkehrt und unzumutbar für die Massen eingerichtet wäre? Oder freut sie nicht vielmehr auch ihr Anteil an den blühenderen Hallen, an den jedermann offenstehenden Brause- und Sonnenbädern, an der 800 Meter langen, gedeckten Promenade, an den Liegemöglichkeiten unten am Strand oder oben im Wäldchen?

Beweis ist auf Erden nichts vollkommen, und gewiß ist bedauerlich, daß man dem, der Strandkörbe, Liegestühle oder geschlossene Kabinen für den ganzen Tag begehrt, solches nicht ohne Entgelt zur Verfügung stellen kann. Nur möchten wir gerne wissen, wie die Kommunisten das fertig bekämen. Bisher haben sie noch nicht im mindesten gezeigt, daß sie etwas Besseres leisten, sondern nur, daß sie über alles meckern können. Besser ist davon noch nichts geworden.

Vielleicht aber verrät uns der kommunistische Meckerer ein Rezept, wie man ein Strandbad für die Massen einer Millionenstadt schafft, in dem es bei schönem Wetter nicht heiß ist!

Reich beim „Wohnungsuchen.“

Auf frischer Lat ertappt.

Bei einer seltsamen Methode, ein „Zimmer zu suchen“, wurde der aus Polen gebürtige Moses Grünspan in der Luisenparkstraße gefaßt.

Ihn interessierten vor allem die Wohnungsschlösser, die er elektrisch mit einer elektrischen Taschenlampe ableuchtete. Mit einem Dietrich versuchte er dann, eine Wohnung zu öffnen, hatte aber kein Glück. Noch weniger Erfolg hatte er in einer Wohnung nebenan. Hier beobachtete ihn der Inhaber durchs Guckloch, um plötzlich die Tür aufzureißen und den Besucher am Kragen zu nehmen. Auf dem Revier erzählte der Ertappte unter großem Wortschwall, daß er nicht daran gedacht habe, einzubrechen, sondern nur ein möbliertes Zimmer habe mieten wollen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Art von Zimmerjuche den Wünschen der Wohnungsinhaber keineswegs entspricht. Herr Grünspan wird wahrscheinlich aus Deutschland ausgewiesen werden.

Die Unruhen von Finowfurt.

Gefängnisstrafen im Aufruhrprozeß.

Eberswalde, 8. Juni.

Vor dem Eberswalder Schöffengericht wurde der erste in der Reihe der Prozesse wegen kommunistischer Unruhen in Finowfurt verhandelt. Es stehen eine Anzahl von Angeklagten vor Gericht, die beschuldigt sind, Arbeitswille bedroht und mißhandelt zu haben. Während die Angeklagten vor Gericht ihre Schuld leugneten, ergab die Beweisaufnahme, daß die arbeitswilligen Arbeiter auf das schwerste geschlagen und erheblich verletzt worden sind.

Nach mehrwöchiger, abwechslungsreicher Verhandlung wurden gegen 15 Angeklagte wegen Landfriedensbruch, Nötigung oder Beleidigung Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren verhängt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Ein aufgeklärter Überfall.

Der Fall des Taxichauffeurs Max Klemm, über den wir am Freitagabend berichteten, beschäftigt nach wie vor die Kriminalpolizei. Klemm, der auf der Chaussee nach Bernau zwischen Karow und Buch bewußlos aufgefunden war, hatte zuerst angegeben, von drei jungen Burischen überfallen und ausgeraubt worden zu sein. Dann sagte er aus, von politischen Gegnern niedergeschlagen zu sein. Er bekennt sich abwechselnd als Hakenkreuzler und Kommunist. Im Krankenhaus wurde aber festgestellt, daß seine Verletzungen nicht sehr gefährlich waren. Im Laufe des Krankheitsprozesses wurde er aus dem Krankenhaus entlassen und von der Kriminalpolizei einem eingehenden Verhör unterzogen. Er mußte jetzt zugestehen, daß er den Überfall fingiert habe. Er hatte sich mit seiner Braut erzwungen und in seiner Wut wollte er einen Raubüberfall vorantreiben, um sich als Opfer interessant erscheinen zu lassen.

7. Kreis. Bildungsausschuß. Freitag, 12. Juni, 1934, 19 Uhr, im Wahllokal Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Str. 6: Streitgespräch zwischen dem Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Herg und Dr. Kurt Rosenfeld über: „Die Offensiv der Reaktion und die richtige Taktik der Sozialdemokratie.“

Hochmut als NSDAP-Apostel

Wegen groben Unfugs und Aufreizung zum Klassenhaß verurteilt

Bei der NSDAP, wundert man sich eigentlich über nichts mehr — am wenigsten über Vorstrafen ihrer „Führer“. Wer weiß: vielleicht fühlen sich diese gerade wegen ihrer Vorstrafen zur Rettung des deutschen Volkes ganz besonders berufen. So ist ein Retter Deutschlands und Apostel der NSDAP-Wahrheiten stand jetzt vor dem Schöffengericht Schöneberg unter der Anklage des groben Unfugs und der Aufreizung zum Klassenhaß.

Der Mann hieß Hochmut, seine Vorstrafe lautete: 2 Jahre Zuchthaus wegen versuchter Brandstiftung. Der Herr besah nämlich einen Büchervertrieb. Und eines Tages brannte sein Laden ab. Natürlich hatten seine politischen Gegner, Reichsbannerleute oder Kommunisten, das Feuer angelegt. Das Gericht schenkte Herrn Hochmut wenig Glauben und schickte ihn ins Zuchthaus. Nun fühlte er sich zum NSDAP-Apostel berufen und legte sich auf die Schriftsteller. Seine erste Broschüre hieß „Wie schütze ich mein Eigentum vor dem Staatsbankrott?“ Sie erlebte eine Auflage von 10 000; die Auflage seines zweiten Bestesproduktes „Volk in Not“ betrug 25 000; das dritte „Zusammenbruch der Volkswirtschaft“ kam in 5000 Exemplaren heraus. Alle drei Nachwerke fanden Absatz, ihr Inhalt bewegte sich auf dem Niveau von Feders Wirtschaftstheorien und Goebbels Volksoversammlungsreden. Besonders schlecht kamen natürlich die Juden weg. „Wehe dir, wehe dir Jerusalem... Fürchte den Tag der Abrechnung... Du bist auf dem besten Wege, aus den Listen der lebenden Menschheit gestrichen zu werden.“

Herr Hochmut war aber nicht nur Wirtschaftstheoretiker, sondern auch geschäftstüchtig. Er verbreitete Reklamezettel mit großer Schlagzeile „Wie schütze ich mein Eigentum?“ Der Leser mußte glauben — vor Einbrechern; es standen auch sonst Dinge darin, die mit dem Inhalt der Broschüre nichts gemein hatten. Der Staatsanwalt erblickte in dem Inhalt der Broschüren Aufreizung zum Klassenhaß und in der Verbreitung der trügerischen Reklamezettel groben Unfug. Und so sah Herr Hochmut jetzt wieder auf der Anklagebank, neben ihm seine Verleger, Herr Ronnemann, wegen Unterschlagung und Betruges zu 4 Monaten Gefängnis vorbestraft, und ein Herr Musil.

Herr Hochmut gefiel sich in langen politischen Reden; der Staatsanwalt ließ sich aber nicht überzeugen, er war der Ansicht, daß die Ausfälle gegen die Juden bei der Agitation der NSDAP auf fruchtbaren Boden fallen könnten, daß der Inhalt der Broschüren Schwindel und Lüge und gerade mit Rücksicht auf die heutige Zeit die verlogene Heße der NSDAP besonders strafbar sei. Er beantragte gegen Herrn Hochmut wegen groben Unfugs 6 Wochen Haft und wegen Aufreizung zum Klassenhaß 3 Monate Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, gegen Ronnemann entsprechend 4 Wochen Haft und 500 Mark Geldstrafe, gegen Musil 4 Wochen Haft und 6 Wochen Gefängnis.

Das Gericht nahm die drei Herren weniger tragisch als der

Staatsanwalt. Es betrachtete die durch die NSDAP-Heße verursachte Gefahr als keine unmittelbare, erklarte im Inhalt der Broschüren nichts anderes als hohle Phrasologie und verurteilte den Angeklagten Hochmut wegen groben Unfugs bloß zu 50 Mark und wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu 300 Mark, den Angeklagten Ronnemann wegen groben Unfugs zu 50 Mark und sprach den Angeklagten Musil frei...

Freigesprochene Nazis.

Die Schießerei in der Raugarder Straße.

Seit dem 2. Juni beschäftigte sich das Schwurgericht III mit der Schießerei in der Raugarder Straße, bei der zwei Arbeiter getötet worden waren.

Bereits im vorigen Jahre hatte die Verhandlung stattgefunden, und die Nationalsozialisten Meier, Prüfte und Domke waren wegen Kaufhandels und unerlaubten Waffenbesitzes zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, während sie von der Anklage des Totschlages freigesprochen worden waren. Auf die eingelegte Revision hatte das Reichsgericht das Urteil, soweit die Bestrafung wegen Kaufhandels in Frage kam, aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an dasselbe Schwurgericht zurückverwiesen. Rechtskräftig geworden ist die Strafe für das Schußwaffenvergehen, wofür 1 Jahr Gefängnis eingesetzt worden war. Diese Strafe haben die Angeklagten auch bereits durch die dreizehnmönatige Unterbringungshaft verbüßt.

Ein Trupp Nationalsozialisten war nachts in der Raugarder Straße mit Mitgliedern eines Arbeiterfußballvereins in Streit geraten und hatte geschossen. Im Gegensatz zu der ersten Verhandlung, in der der Anklagevertreter 5 Jahre Zuchthaus beantragt hatte, beantragte diesmal Staatsanwaltschaftsrat Heist die Freisprechung der Angeklagten von der Anklage des Kaufhandels, da die neue Verhandlung ergeben habe, daß die Angeklagten angegriffen worden waren und sich in Notwehr befinden hatten. Auch eine fahrlässige Tötung, die das Schwurgericht nach der Weisung des Reichsgerichts nochmals zu prüfen hatte, komme nicht in Frage, da die beiden Getöteten nicht, wie zuerst angenommen worden war, an dem Zusammenstoß unbeteiligt gewesen waren, sondern zu den Angreifern gehört hatten. Das Schwurgericht sprach dem Antrag gemäß die Angeklagten Meier, Prüfte und Domke von der Anklage des Totschlages in Lateinheit mit Kaufhandel auf Kosten der Staatskasse frei. Die Unterbringungshaft wurde auf die Strafe für unerlaubten Waffenbesitz in Anrechnung gebracht. Die Haftbefehle wurden aufgehoben.

Das neue Gesicht der Städte.

Anlaßlich der Verbandstagung deutscher Gartenarchitekten sprach im Hörsaal der Staatl. Kunstbibliothek Senator Dr. Kischoff aus Danzig über „Grün- und Freizeitanlagen im Stadtbild der Zukunft“.

Das Mittelalter und die ihm ähnlichen Kleinstädte in heutiger Zeit brauchen selbstverständlich die Unterbrechung des Stadtbildes mit Grünflächen nicht in dem Maße wie die Großstädte. Es war ein Verhängnis des vorigen Jahrhunderts, die folgenden Festungsgürtel der Städte nicht zu Grünflächen umzuwandeln, wie es z. B. Köln und einige andere Städte in großzügiger Weise getan haben. Die Gründerzeit nach 1870 brachte die ersten Grünanlagen in den Stadtbildern, doch waren diese noch wahllos verstreut und ohne Verbundenheit mit der Bebauung. Erst unsere Zeit bringt, wie auf allen Gebieten des Lebens, einen vollständigen Wandel. Das Weltbild, das durch Technik und Rationalisierung sich von Grund auf verändert hat, bedingt auch ein anderes Gesicht der Städte. Die Frage ist nur, ob sich in Zukunft der Kollektivismus nach dem Muster Amerikas und Rußlands durchsetzen, oder die Entwicklung der individuellen Wohnkultur Fortschritte machen wird. Der Redner ist Freund der letzteren Wohnform. Er bevorzugt Eigenhäuser mit eigenem Garten; doch schließt er andererseits ein Kompromiß, indem er ausgedehnte Grünflächen für die Städte fordert, die dem Eigenheimgedanken nicht Rechnung tragen können. Danzig, wo vier Fünftel der Bodenfläche in städtischem Besitz sind, hat es leicht, die vorbildlichste Gartenkultur zu schaffen. In Zukunft wird sich die alte Küstenstadt zu der schönsten deutschen Gartenstadt entwickeln. Der Raum ist sogar so verschwendungssüchtig vorhanden, daß die Schrebergärten im Weichbild der Bebauung verankert werden, daß genügend Spielwiesen, Sportplätze und Schwimmanlagen mit verhältnismäßig wenig Aufwand an Mitteln geschaffen werden konnten.

Der zweite Redner des Abends, Gartenarchitekt Hirsch aus Wiesbaden, sprach über „Produktive Grünanlagen“. Obwohl es stark utopisch anmutet, wenn der Redner Grünanlagen im Stadtbild fordert, die durch Siedlerstellen mit Landwirtschaft und Viehzucht produktiv gestaltet werden sollen, so ist der Gedanke doch ganz aus der Zeit abgeleitet. Der Redner sprach mit Recht davon, daß Arbeitsbeschaffung und Kostensparungen erst dann produktiv werden, wenn gleichzeitig neue Existenzmöglichkeiten damit verbunden sind.

Er verlängerte seinen Urlaub.

Ereilt die Strafverfolgungsbehörde einem Gefangenen Urlaub, so hat sie stets die eine große Sorge, daß der Beurlaubte von sich aus „über den Zaun wächst“ und den Urlaub verlängert. So hat der Einbrecher Paul Malchin, der in Brandenburg eine dreijährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, einen achtwöchigen Weihnachtserurlaub auf nicht weniger als sechs Monate ausgedehnt. In dieser Zeit hielt er sich in Berlin auf und ging hier seinem alten Gewerbe nach. Gestern wurde er in der Petersburger Straße von Beamten des Einbruchsbereitschafts erkannt und festgenommen. Die Kriminalpolizei untersucht augenblicklich, welche Einbrüche der letzten Zeit auf Malchin zurückzuführen sind, und sie ist der Überzeugung, daß sein Konto keineswegs gering ist.

Frau Geheimrat schimpfte.

Das Potsdamer Amtsgericht verurteilte die Gattin des Geheimen Sanitätsrats und Frauenarztes Dr. Steffed, Frau Martha Steffed, wegen Beleidigung des Apothekers H. aus Potsdam zu 300 Mark Geldstrafe. Der Apotheker mit seiner Familie wohnte in einer Potsdamer Villa zusammen. Auf dem gemeinschaftlichen Treppenhause beschimpfte die Angeklagte den Apotheker mit den Worten: „Professorengesellschaft“, „Fauler Kerl“, „Apotheker

können bloß Pillen drehen und Rizinus verkaufen“, „Alles Böbel-pod, wir wohnen in einer Potsdamer Villa und nicht in einer Maurermeisterbaracke“. Man muß schon sagen, daß das für eine Frau, die sich selber doch bestimmt für sehr gebildet hält, allerhand ist. Für die Apothekerfamilie war das Zusammenleben mit dieser Frau in der Villa natürlich derart unerträglich, daß sie eines Tages auszogen, um sich vor den Belästigungen der Angeklagten zu retten. Die Verurteilung ist für die Frau Geheimrat ein gehöriger Demütigungsschlag.

Um das Recht der Dissidenten.

Aus Lebertreibern wird uns geschrieben:

Vor dem Landgericht I in Berlin schwebt gegenwärtig eine Klage, die das Interesse aller sozialistischen Kreise erregen sollte. Die Allgemeine Freie Lehrerergewerkschaft und der Freidenkerverband haben durch einen dissidentischen Junglehrer gegen das Land Preußen eine Schadenersatzklage wegen Nichtanstellung als Lehrer erheben lassen.

Artikel 136.2 der Reichsverfassung besagt, daß die Zulassung zu öffentlichen Ämtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis ist und daß niemand verpflichtet ist, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Trotzdem wird in Preußen die Angabe der Kirchenzugehörigkeit vom Lehrer verlangt, und Anwärter, die keiner Kirche angehören, werden nicht angestellt. Es gibt nämlich noch einen Artikel 174, der bestimmt, daß bis zum Erlaß des im Artikel 146.2 vorgesehene Reichsgesetzes (Reichsschulgesetz) d. Red.) es bei der bestehenden Rechtslage bleibt. Dadurch ist für Preußen das Schulunterhaltungs-gesetz vom 28. Juli 1906 immer noch in Kraft, wonach an den öffentlichen Schulen Preußens in der Regel nur evangelische oder katholische Lehrer angestellt werden können. Juristische Klugelei hat herausgefunden, daß die Worte „in der Regel“ nur besagen, daß im allgemeinen an evangelischen Schulen keine katholischen Lehrer angestellt werden sollen, und umgekehrt. Auf konfessionslose Lehrer beziehe sich das nicht. Trotzdem gab es schon vor dem Kriege dissidentische Lehrer im öffentlichen Schuldienst. So ist es also im 12. Jahre der Republik immer noch so, daß der Lehrer, der seiner Überzeugung folgend mit der Kirche bricht, von der Erzieherarbeit an einer öffentlichen preussischen Schule ausgeschlossen ist. Für ihn gibt es keine Demokratie.

Auch bei diesem Prozeß ist der immer stärker werdende Einfluß der Kirche in Preußen zu spüren. Als im Jahre 1929 die deutschnationale Landtagsfraktion vor dem Staatsgerichtshof den Versuch unternahm, die Ungleichheit der weltlichen Schulen festzustellen, konnte der Vertreter der preussischen Staatsregierung noch unter Hinweis auf den Artikel 136 der Reichsverfassung aussprechen, daß die Zulassung dissidentischer Lehrer an öffentlichen Schulen rechtmäßig sei. In der jetzt schwebenden Klage heißt es in der Erwiderungsschrift des Rechtsvertreters des preussischen Staates unter Hinweis auf Artikel 174 der Reichsverfassung: Die Schulaufsichtsbehörden bemängeln sich auf gesetzlicher Grundlage, wenn sie die Anstellung dissidentischer Lehrer ablehnen.

Das ist ein Schulbeispiel dafür, daß die beste Reichsverfassung und die besten Gesetze nur ein Fehlen Papier sind, wenn die Reaktion zur Macht kommt.

Kulobus wieder durch die Neue Königstraße. Die wegen Untergrundbahnarbeiten in der Neuen Königstraße zwischen Alexanderplatz und Viehmannstraße angeordnete Umleitung der Omnibusse A 8, A 12, A 14 und A 30 über Kaiserstraße—Kleine Frankfurter Straße—Viehmannstraße ist soden aufgehoben worden. Die Bogen fahren ab Dienstag, den 9. Juni 1931, wieder den fahrplanmäßigen Weg durch die Neue Königstraße.

Eine seltsame Mißgeburt. Im Hospital von Port Said brachte eine eingeborene Frau ein Kind männlichen Geschlechts mit zwei Köpfen, vier Armen und zwei Füßen zur Welt. Das unglückliche Wesen, das bei der Geburt 15 Zentimeter maß, starb nach einigen Stunden.

**Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr,
 sofern keine besondere Zeitangabe!**

Heute, Dienstag, den 9. Juni:

- 2. Kreis. Bildung, Abteilungsleistungen! Der Verleih vom Parteitag findet voraussichtlich in der 3. Woche des Juni in einer Kreismitgliederversammlung statt.
- 13. Kreis. Junge Parteigenossen. Zusammenkunft im Heim Germanienstraße (Gitarren-Gesellschaft).
- 14. Kreis. Bildungsleistungen. Sitzung heute im Parteibüro Fußballstraße.
- 8. Wkt. 10 Uhr Funktionärstreffen bei Kiderl.

Mitgliederversammlungen und Zahlabende

morgen, Mittwoch, den 10. Juni, in nachstehenden Lokalen:

- 2. Kreis. Abteilungen 14 bis 21. Zahlabende für alle Abteilungen in den bekannten Lokalen.
- 18. Kreis. 10 Uhr Kreismitgliederversammlung im Lokal „Zum Vierdemerl“, Gericht vom Parteitag.
- 1. Wkt. Ledebur Hof, Rosenhaller Str. 40-41. Stadterrothener Straße. Thema: „Das neue Gesetz Groß-Berlin“.
- 2. Wkt. Johann, Friedberg, 18. Siflor-Rüger: „Der Parteitag der Sozialdemokratie“.
- 3. Wkt. Saal I Gewerkschaftshaus, Engelsteiner 24/25. Max Weiniger: „Der Parteitag“.
- 4. Wkt. Helldorf, Nollendorfstr. 21. Karl Dreier: „Der politische Lage“.
- 5. Wkt. Helldorf Hof, Rosenhaller Str. 11/12. Bildt Rogge: „Die wirtschaftspolitische Lage“.
- 7. Wkt. Zahlabende in den bekannten Lokalen.
- 8. Wkt. Zahlabende bei Kiderl, Steinstraße 15. Bildt, Schönewitz, 7. Klemke, Eichenstraße 19 und Keller, Steinstraße 25.
- 9. Wkt. Kiderl, Dönhofsstraße, Ecke Verlegerer Straße. Dr. Kieny: „Der Parteitag“.
- 10. Wkt. Schulze, Gerhartstr. 45. Paul Juppel: „Sozialpolitik“.
- 11. Wkt. 19 1/2 Uhr Berger, Frankfurterstr. 40. Siflor-Rüger: „Der Parteitag“.
- 12. Wkt. Die Abteilungsverammlung am Mittwoch fällt aus. Dafür Funktionärerversammlung bei Schmidt, Wilmstraße 17, 20 Uhr.
- 13. Wkt. Kaminshausen, Bremer Str. 72/73. Dr. Herbert Berg: Streikfrage durch die Jansen- und Kamenpolitik“.
- 24. Wkt. Zahlabende in folgenden Lokalen: 1. Gruppe: Köpcke, Immunitätsstraße 23. 2. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 3. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 4. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 5. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 6. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 7. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 8. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 9. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 10. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 11. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 12. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 13. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 14. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 15. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 16. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 17. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 18. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 19. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 20. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 21. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 22. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 23. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 24. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 25. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 26. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 27. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 28. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 29. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 30. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 31. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 32. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 33. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 34. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 35. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 36. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 37. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 38. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 39. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 40. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 41. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 42. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 43. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 44. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 45. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 46. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 47. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 48. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 49. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 50. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 51. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 52. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 53. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 54. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 55. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 56. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 57. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 58. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 59. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 60. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 61. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 62. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 63. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 64. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 65. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 66. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 67. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 68. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 69. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 70. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 71. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 72. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 73. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 74. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 75. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 76. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 77. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 78. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 79. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 80. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 81. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 82. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 83. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 84. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 85. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 86. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 87. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 88. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 89. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 90. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 91. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 92. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 93. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 94. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 95. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 96. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 97. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 98. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 99. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21. 100. Gruppe: Kiderl, Nollendorfstr. 21.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Jungarbeiter
Heinrich Weber
 am 6. Juni gestorben ist.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. Juni 1932, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.
 Nege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
 Am 11. Mai hat unser Kollege, der Schlosser
Paul Lange
 am 23. Mai nach unser Kollege, der Bauhilfsarbeiter
Ernst May
 am 2. Juni hat unsere Kollegin, die Arbeiterin
Grete Wiesener
 die Beerdigungen haben bereits stattgefunden.
 Ihre lieben Angehörigen!
 Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Elektromonteur!
 Donnerstag, den 11. Juni, mittags 1 Uhr, im Verbandshaus, Cilenstr. 63-65 (Zimmer 4)
Versammlung der erwerbslosen Elektromonteur
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über Unternehmenseinrichtungen und sonstige Vorschriften für Erwerbslose.
 2. Branchenanliegenheiten.
 Mitgliedsbuch und Stempelkarte legitimieren.
 Die Ortsverwaltung

Bekanntmachung.
 Die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1930 verfertigten Pänder sind verfertigt worden. Ueber-schüsse sind bis zum 9. Juni 1932 abzugeben.
Staatliches Leihamt.

KLEINE ANZEIGEN
 Uberschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.
 Wiederholungswort: 10 mal 15 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz. / Stellengesuche: Uberschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. / Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein.

Verkäufe
Wiedergastische Wäsche usw.
Fahrräder
Wohlfühl
Musikinstrumente
Ver-schiedenes

Rechnung für Frau Emma Müller
 12 Hemden von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr
 von allem Fleckentilgung
 von Unreinheit entfernt
 o.gelöst.

Eine Nachtarbeit für wenige Pfennige leistet Ihnen Henko!

Wenn Sie die Wäsche abends vor dem Waschtage in kalter Henkolösung einweichen, ist ihr am nächsten Morgen der Schmutz so sehr entzogen, daß einfaches kurzes Kochen in kalt bereiteter Persil-Lauge genügt, sie schneeweiß und tadellos zu machen. Alles mühselige Vorwaschen und Einbürsten fällt fort. Durch Henko haben Sie halbe Arbeit und halbe Ausgaben und dennoch tadellos gepflegte Wäsche!

Henko's Wasch- und Bleichsoda

Was sich seit über 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!
 Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels

H 68/31 b

Wohnungsbau in Sowjetrußland.

Wie ein neuer Erlass die Finanzierung des Wohnungsbauens ordnet.

Zu den größten Hindernissen, die sich der Erfüllung des Fünfjahresplans entgegenstellen, gehört, wie hier schon des öfteren ausgeführt worden ist, das außerordentliche Fluktuieren der Arbeitskräfte, der fortwährende Wechsel von Werkstätte zu Werkstätte, von Fabrik zu Fabrik, von Trust zu Trust. Erst dieser Tage wieder mußte festgestellt werden, daß im April in den Betrieben der Bereinigung „Stahl“ einem Zugang von 12 493 Arbeitern ein Abgang von 12 495 gegenübersteht. („Pravda“ vom 30. Mai.) Nicht weniger als 8 Proz. der Belegschaft wechselten in einem einzigen Monat. Es ist unschwer einzusehen, wie stark diese Fluktuation die Arbeitsproduktivität senken muß. Wenn die Kohlenförderung im Donzbecken seit Monaten um 35 bis 40 Proz. hinter dem Plan zurückbleibt, so trägt neben vielen anderen Ursachen nicht zuletzt die außerordentliche Fluktuation daran Schuld. Gelingt es den Werbern, die angeforderten Arbeiter in die Kohlenreviere zu locken, so bleiben sie doch meist nur kurze Zeit dort. Allen Anstrengungen zum Trotz gelingt es nicht, die Arbeiterzahl auf der geplanten Höhe zu halten. Im Donbas arbeiten zwischen 80 bis 82 Proz. der Arbeiter, die der Plan vorsieht.

Warum dieses Hin- und Herströmen der Arbeiterschaft.

Ende Mai trat der Kongress der Bergarbeitergewerkschaft zusammen. Den Referaten, die dort gehalten worden sind, ist wieder zu entnehmen, die Hauptursache für den Bergbau ist die Fluktuation, die Hauptursache der Fluktuation aber sind die vollkommen unzulänglichen Wohnverhältnisse.

Was getan wurde zu ihrer Besserung ist verschwindend gegenüber dem, was getan werden mußte. Gewiß, es werden Häuser gebaut. Doch reicht die wachsende Wohnfläche gerade aus, den neu kommenden Arbeitern bestenfalls dieselbe Zwergwohnung zuzuwiesen, aus welcher die alten Arbeiter flüchten. Im Donbas entfällt auf einen Bergarbeiter noch immer nicht mehr als eine Wohnfläche von 4,2 Quadratmeter. Nun haben Partei und Regierung beschlossen, im Jahre 1931 in neu zu errichtenden Standardhäusern 700 000 Arbeiterfamilien unterzubringen. Die Kohlengebiete sollten vor allem berücksichtigt werden. Aber wie so viele Pläne blieb auch dieser auf dem Papier. Als kürzlich eine Kommission des Allrussischen Gewerkschaftsbundes den Gang der Bauarbeiten im Donbas überprüfte, mußte sie feststellen, daß im Mai noch nicht einmal die Plätze bestimmt waren, wo diese Standardhäuser gebaut werden sollten! („Pravda“ vom 29. Mai.) Die Gründe? Saumseligkeit, Planlosigkeit, Mangel an Baumaterial, gewiß, aber vor allem: Mangel an Mitteln.

Augenblicklich werden in allen Städten der Sowjetunion die rückständigen Mieten rücksichtslos eingetrieben.

Die Rückstände sind besonders dadurch so groß geworden, daß die Löhne und Gehälter im Winter höchst unregelmäßig ausbezahlt wurden. Die notwendige Bekämpfung der Inflation hatte dazu geführt, daß Arbeiter und Angestellte die Löhne mit wochenlanger Verspätung erhielten.

Was zuerst nicht bezahlt wurde, war die Miete, jetzt aber muß sie ja doch bezahlt werden. Dazu kommt, daß die Mieten zum Teil ganz empfindlich erhöht worden sind. Schnellstes Eintreiben der rückständigen Mieten, Erhöhung der Miethöhe — der Staat braucht Geld. Die „normalen“ Mittel, Steuern, Abgaben aller Art, „freiwillige“ Zwangsanleihen, sie reichen aber nicht aus, um den Wohnungsfonds ausreichend zu finanzieren. So erschien denn, nicht unerwartet, vor einigen Tagen

ein neuer Erlass des Finanzkommissariats,

der von der Bevölkerung auf dem Weg einer einmaligen Abgabe Hunderte von Millionen für den Wohnungsbau herausheben will. Seine Bestimmungen sind in der „Pravda“ vom 24. Mai zu lesen:

Arbeiter, Angestellte und Handwerker, die Mitglieder einer Genossenschaft sind, werden in zwei Kategorien geteilt. Die erste Kategorie, Leute mit einem Monatseinkommen bis zu 100 Rubel, haben 8 Rubel zu bezahlen. Die zweite Kategorie, Leute, die mehr als 100 Rubel verdienen, zahlen 10 Proz. des Einkommens. Der Betrag ist in zwei Raten zu zahlen, eine Rate am 15. Juni, die zweite am 15. Juli. Ein Arbeiter also, der 200 Rubel verdient, hat im Juni und Juli je 10 Rubel zu zahlen. Handwerker, die keiner Genossenschaft angehören, die für sich selbst arbeiten, keine Lohnarbeiter verwenden — Fließschuster, die bekannten Sowjuschtschi (Fuhrleute) mit einem Gaul und einem Wagen als „Kapital“ — sie zahlen bei einem Einkommen bis zu 100 Rubel im Juni und Juli je 20, zusammen also 40 Rubel, verdienen sie mehr als 100 Rubel, dann haben sie die Hälfte eines Monatseinkommens abzuführen.

Wenn jetzt da und dort Bilder von russischen Arbeiterwohnungen erscheinen, wenn eine (leider allzu) lärmende Propaganda von dem „kolossalen Aufschwung des Wohnbaus“ im „Arbeiterstaat“ nicht genug zu schwärmen weiß, dann ist es gut, sich wieder zu erinnern, daß in Wirklichkeit die überwältigende Mehrheit der russischen Arbeiter mehr als elend wohnt, und daß weiter der ganz unzureichende Wohnungsbau finanziert wird (durch den Erlass einer typischen „Roteverordnung“ aus dem, was der Fiskus dem Arbeiter, dem Angestellten, dem Drochsenkutscher, dem Fließschuster durch eine „Abgabe“ abnimmt.

Erstes Jahr Mansfeld-Subvention

Noch günstige Produktionsziffern — Gesamtverlust fast 8 Millionen.

Die Mansfeld-A.-G. für Bergbau und Hüftenbetrieb, Eisleben, hat den Abschluß und die Bilanz vom 31. Dezember 1930 vorgelegt. Für fünf Monate des Geschäftsjahres 1930 hat das Unternehmen von Reich und Preußen Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden, in einer Gesamthöhe von 2,65 Millionen Mark erhalten. Gleichwohl wird ein Verlust von 2,3 Millionen, der sich um den Gewinnvortrag aus dem Jahre 1929 auf 2,17 Millionen ermäßigt, ausgewiesen.

Dieser Verlust hat mehrere Ursachen. In erster Linie ist er auf den Zusammenbruch der Metallpreise zurückzuführen.

Der Kupferpreis fiel

von Anfang bis Ende des Jahres 1930 um 41 Proz.; was das bedeutet, geht daraus hervor, daß die Mansfeld-Kupfer-Produktion zum Preise vom Anfang des Jahres etwa 15 Millionen Mark mehr als zum Preise vom Schlusse des Jahres gebracht hätte. Inzwischen ist der Kupferpreis weiter um etwa 2,5 Dollarcent je englisches Pfund gefallen. Auch die Preise für Mansfelds Nebenprodukte sind stark gesunken; für Silber um 33 Proz., für Zink und Blei ähnlich; an Schwefelsäure herrscht in Deutschland Überproduktion; die Schlackensteine waren bei der schlechten Baukonjunktur auch zu gesunkenen Preisen schlecht abzusetzen.

Dazu kam, daß die Reorganisation und die Rationalisierung des Betriebes erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 begann; sie scheint inzwischen mit Erfolg weitergeführt zu sein. Schließlich wird auch der Ausfall während der Ausperrung von 8 Wochen den Verlust erhöht haben.

Die Produktionsziffern zeigen gegenüber dem Jahre 1929 einen Rückgang; berücksichtigt man aber, daß die Produktion von zwei Monaten infolge der Ausperrung ausgefallen ist, so liegen die Ziffern bei fast allen Produkten verhältnismäßig höher als im Jahre 1929. An Kupfer wurden 21 100 (1929: 22 900) Tonnen produziert, das sind 10 Proz. des deutschen Bedarfs; an Silber 109 000 (123 400) Kilogramm. Am stärksten ging infolge der schlechten Baukonjunktur die Erzeugung von Schlackensteinen zurück, von 30,6 auf 17,8 Millionen Stück.

Der Bruttoertrag sank

von 14,95 Millionen im Jahre 1929 auf 7,8 Millionen im Jahre 1930; der „verlorene Zuschuß“ von Reich und Preußen von 2,65 Millionen ist in der letzten Summe bereits enthalten. Die Unkosten ermäßigten sich nur von 6,86 auf 5,89 Millionen, die Abschreibungen von 4,76 auf 4,21 Millionen, so daß ein Verlust von 2,17 Millionen Mark ausgewiesen wird, der aus der Reserve (6 Millionen Mark) gedeckt werden soll.

In der Bilanz erscheinen die Anlagen aller Art mit 44,46 Millionen gegenüber dem Vorjahre (46,15) wenig verändert. Die Wertpapiere sind mit 13,19 Millionen aufgeführt, davon sind 1,14 Millionen eigene Aktien. Der Bestand an Stolberg-Aktien, auf die im vorigen Jahr nicht weniger als 3,3 Millionen abgeschrieben werden mußten, hat sich noch durch Austausch gegen eigene Aktien erhöht. Da die Stolberg-Aktien mit mehr als 100 Proz. (Börsekurs 35 Proz.) bewertet sind, steckt hier

ein bisher nicht offengelegter, für das Unternehmen unter Umständen sehr gefährlicher Verlustposten. Die Vorräte sind ganz erheblich niedriger, mit 9,66 gegen 15,31 Millionen Mark, bemerkt worden, nicht allein wegen des Preissturzes, auch weil sie mengenmäßig verringert wurden. Dieser Posten enthält heute noch stille Reserven, obwohl man bei der Herabwertung eine stille Reserve von 2,2 Millionen aufgelöst hat. Auch die Forderungen sind stark, von 21,12 auf 14,46 Millionen zurückgegangen.

Auf der Passiv-Seite erscheint das Aktienkapital wieder mit 37,5 Millionen. Die Dollarleihe hat sich durch Rückkäufe von 11,3 auf 10 Millionen ermäßigt; die Versicherungsschuld in eigenen Aktien (3,15 Millionen) ist infolge des Austauschs gegen die Stolberg-Aktien verschwunden; Uebergangsposten ermäßigten sich von 5,7 auf 4,7 Millionen. Vor allem aber sind die Schulden, besonders die Bankschulden, um nicht weniger als 7,2 Millionen, von 36,5 auf 29,3 Millionen zurückgegangen. Es ist also gelungen, die Schulden erheblich abzubauen, natürlich zum erheblichen Teil dadurch, daß man die hochverzinslichen Bankschulden zurückzahlte und die unverzinslichen Subventionen nahm.

Zur weiteren Herabminderung der Verpflichtungen werden die Forsten der Mansfeld-A.-G., wahrscheinlich mit Wirkung ab 1. Juli 1931, zu einem Preise von 5,5 Millionen Mark auf den preussischen Staat übergehen.

Der eigentliche Gesamtverlust

seht sich wie folgt zusammen: ausgewiesen sind 2,17 Millionen Mark, dazu verlorener Zuschuß 2,65 Millionen, Buchgewinn bei Stolberg-Aktien-Tausch (zur Abschreibung verwendet) 0,68 Millionen. Dazuwäre noch der durch die Herabwertung der Vorräte entstandene einmalige Verlust (Auflösung der Bestandsreserve) in Höhe von 2,2 Mill. Mark zu rechnen. Das ergibt einen Gesamtverlust von 7,7 Mill. Mark im Geschäftsjahre 1930. Er würde sich erheblich höher stellen, würde man die Sonderbelastung der Belegschaft durch den über den Durchschnitt hinausragenden Lohnabbau berücksichtigt. Schließlich sind auch die gewährten Vergünstigungen durch Steuernachlass und Sondertarife in Rechnung zu stellen.

Im Geschäftsbericht werden die Vorgänge, die zur Subvention führten, ausführlich erörtert. Der Subventionsvertrag sieht für die Jahre 1931 und 1932 eine Zahlung von höchstens 5,64 Millionen Mark jährlich vor, die später aus Gewinnen zurückzahlen sind. Die Rückzahlungspflicht endet 12 Jahre nach Ende der Subventionszeit. Außerdem zahlen Reich und Preußen zusammen jährlich 1,4 Millionen Mark, die für Betriebsverbesserungen — z. B. Umstellung der Wertseifenbahn auf Großraumwagen — bestimmt und auf alle Fälle zurückzuzahlen sind. Die Zahlungen erfolgen nach Prüfung durch die Behörden. Zur Zeit werden die monatlichen Höchstsummen (0,47 Millionen) gezahlt, ohne die Verluste zu bedenken.

Ueber die weitere Entwicklung kann man nichts sagen. Bei einem Kupferpreis von 10,5 Centis je englisches Pfund wurde der jährliche Gesamtverlust auf 8 Millionen Mark berechnet; jetzt liegt der Kupferpreis etwas höher als 8 Centis. Wenn also die Preise heute und in absehbarer Zeit weit niedriger als die Selbstkosten liegen, so ist es doch ein gewisser Erfolg, daß die Selbstkosten

um 8 Proz. gegenüber denen von 1913 ermäßigt wurden. Die Belegschaft, deren Zahl sich von 20 900 auf 17 500 ermäßigte, hat zu diesem Erfolg nicht nur durch Lohnsparer, sondern auch durch gesteigerte Leistungen beigetragen, was ausdrücklich anerkannt wird.

Die Verwaltung dieses Unternehmens, das nur durch die besonderen Leistungen und Opfer der Belegschaft und durch die Zuschüsse der Allgemeinheit gehalten wird, hätte es nicht nötig gehabt, gegen die Sozialversicherung loszuziehen; außerdem ist die angegebene soziale Belastung je Tonne Kupfer eine irreführende Zahlenspielerlei, da die Produktion aller Nebenprodukte nicht berücksichtigt wurde.

Sachsens Stromwirtschaft.

Die Sächsischen Werke verteilen 7 Prozent Dividende. Gesteigerte Eigenstromerzeugung.

Die Aktiengesellschaft Sächsische Werke (S.W.), Dresden, deren Aktien sich alle im Besitz des sächsischen Staates befinden, versorgt das Land Sachsen und jetzt sogar einen Teil Thüringens mit elektrischer Energie.

Der Stromabsatz ging in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 zurück, so daß der Absatz des ganzen Jahres an die Industrie um 12,5 Prozent niedriger war als 1929; die Stromabgabe an Elektrizitätswerke ging nur um 7 Prozent zurück, während die an Landwirtschaft, Haushalt und Kleingewerbe durch starke Werbung sogar um 11,5 Prozent gesteigert werden konnte.

Die Braunkohlenförderung aller Werke der S.W. ging von 3,82 auf 3,61 Millionen Tonnen, also um 5,4 Prozent, zurück. Der Stromverkauf betrug im Jahre 1930 847 Millionen Kilowattstunden, das ist gegen 1929 (917 Millionen) ein Rückgang um 7,6 Prozent. Die eigenen Werke der S.W. konnten ihre Erzeugung durch Inbetriebnahme neuer Anlagen von 914 auf 988 Millionen Kilowattstunden steigern, während der Bezug fremden Stromes von 205 auf 112 Millionen Kilowattstunden zurückging.

Von dem Bruttogewinn von 18,99 (Vorjahr 17,74) Millionen Mark werden 12,42 (10,32) Millionen der Erneuerungsrücklage zugewiesen. Aus dem Reingewinn von 5,38 (6,67) Millionen Mark wird auf das voll gewinnberechtigte Kapital eine Dividende von 7 Prozent verteilt. Bei einem Aktienkapital von 100 Millionen Mark und langfristigen Anleihen von etwa 165 Millionen beträgt die Erneuerungsrücklage jetzt 84,5 Millionen Mark.

Konkurrenz von Elektrizität und Gas.

12. Jahresversammlung der Gas- und Wasserfachmänner.

Auf der Breslauer Tagung des deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner sprach über das problematische Verhältnis von Gas und Elektrizität der aus den Ferngasdebatten wohl bekannte Gaswerksdirektor Dr. Mülling aus Stuttgart. Das Energieproblem Gas-Elektrizität sah Mülling als ein Gesamtproblem an, in das die Einzelprobleme der beiden Energiearten sich einfügen müßten. Erste Voraussetzung für planmäßige Energiewirtschaft sei, daß die Gemeinden sich endlich den Gedanken zu eigen machten, daß sie als Signer der Energiebetriebe Wirtschaftsträger sind und sich von der veralteten Einstellung, als seien ihre Energiebetriebe nur finanzielle Ausbeutungsobjekte, freimachen müssen. Der Vortragende skizzierte den Stand der energiewirtschaftlichen Entwicklung etwa so, daß Beleuchtung und motorische Kraft scheinbar unbestrittene Domänen der Elektrizität seien und das Gebiet der Warmwirtschaft bisher fast ausschließlich dem Gas vorbehalten bleibe. Neuerdings schied sich die Elektrizität an, auch in der Warmwirtschaft mit dem Gas in Wettbewerb zu treten. Auf Grund der in der Kohle enthaltenen und aus ihr gewonnenen Wärmeinheiten errechnete der Vortragende, daß man je Kilogramm Kohle auf dem Weg über die Entgasung das 4 bis 4½fache an Wärmeenergie gegenüber dem Weg über die Stromgewinnung erhalte.

Nach einer eingehenden Darstellung der Bedeutung der Gasbeleuchtung und des Gasmotors wurde der Wettbewerb zwischen Gas und Elektrizität in der Warmwasserbereitung und dem Kochen erörtert und festgestellt, daß es wirtschaftlich nicht zu verantworten sei, wenn von der einen Energieart Kapitalwerte neu investiert werden, während gleichzeitig bereits vorhandene Kapitalwerte in den Gaswerken brachgelegt oder vernichtet werden sollen. Volkswirtschaftlich bedenklich sei die Ueberfremdung der deutschen Elektrizitätswirtschaft, von deren 6 Milliarden investiertem Kapital 2 Milliarden Auslandskapital seien.

Herrenkonfektion in der Krise. Bei der Tagung des Reichsverbandes für Herren- und Knabenleidung wurden einige Ziffern über den Umsatzzugang im Einzelhandel von Herrenkonfektion gegeben, die zeigen, wie stark auch hier Lohn- und Gehaltsabbau und der Kaufkraftausfall durch die Arbeitslosigkeit sich auswirken. Den stärksten Rückgang gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres zeigte der November 1930 mit einem um fast 30 Prozent geringeren Umsatz. Infolge des Ostergeschäftes zeigte der März 1931 gegenüber März 1930 nur einen Rückgang um 8 Prozent, der April dafür einen um so stärkeren mit 29 Prozent. Die ersten vier Monate des Jahres 1931 zusammen zeigten einen Rückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 18 Prozent. Die Abwanderung der Käufer zu billigen Waren zeigt sich in folgender Feststellung: Während von 100 Käufern im April 1930 52 mehr als 80 Mark bei einem Kauf anlegten, waren es im April 1931 nur noch 31. Unter 50 Mark gaben von 100 Käufern im April 1930 nur 19, im April 1931 aber 36 Käufer aus.

Großhandelsindex gesunken. Die amtliche Großhandelsindexziffer wurde für den Durchschnitt des Monats Mai auf 113,3 (1913 = 100), also gegenüber dem Monatsdurchschnitt April (113,7) um 0,4 Proz. niedriger berechnet, obwohl die Gruppe Agrarstoffe gestiegen ist. Auf den 3. Juni berechnet, zeigt der Großhandelsindex mit 111,6 gegenüber der Vormoche ein Absinken um 1,2 Proz.

EMS
Nur echt mit Schutzmärkte

BAD EMS
Katarrhe, Asthma, Emphysem, Grippefolgen, Rückstände von Lungen- und Rippenfellentzündung, Herz- und Kreislaufstörungen
Tinktur, Bäder, Inhalationen, Terraliquoren
Unterhaltungen und Sport jeder Art / Zeltgarnituren
EMSER WASSER (Kohlensäure) / PASTILLEN / QUELLSALZ

Gerdland: Ein Neuer hat gewartet

Gegenüber der großen Doppelgemeinschaft liegt eine Parkanlage mit grünen Hecken und Sträuchern, mit winzigen Rasenflächen, Bänken, zerbrochenen Fontänen und einem ausgetrockneten Springbrunnen. Dies hübschen Grün, diese weißen Bänke und der Buddelplatz für die Kleinsten bringen etwas Trost, etwas verirrte Natur und ein wenig Befriedigung in diese arme, angefränte Gegend. Das riesige, unfreundliche Gebäude der Schule wirkt aber einschüchternd auf den von kleinen, lichten Bäumen umstandenen „Park“, dies rote, kasternenmäßige Haus erdrückt brutal die winzige Oase in der steinernen, asphaltierten, gemauerten Stadtwüste.

Die Bänke der Anlage sind vom frühen Morgen bis zum Abend besetzt. Arbeitslose versuchen hier die Gedanken zu verschuchen, die sie in den muffigen Stuben anfallen. Ganz alte Männer sitzen hier, manche mit Medaillen auf der Brust, manche mit erloschenem Blick in den trüben Augen, viele, die während mühsamer, gequälter schnell ablaufender Diskussionen noch hitzig werden und solche, die für alles nur ein Achselzucken haben, sie verstehen die tempo-befessene, harte, grausame Stadt nicht mehr.

In der lethargie dieser Menschen, der jungen und alten, der Frauen und Männer, der hoffenden und jener, die ihre Hoffnung an den Nagel gehängt haben, wie einen ausgebliebenen Bratenrock, dringt in Abständen von jeweils 40 Minuten ein Lachen, Prusten und ein Lebensatem aus dem ganz großen Schulhof, der von den Straßen nur durch Gitterstäbe getrennt ist. Es ist Pause. Im Kreis gehen Arm in Arm die Mädchen in lichten Kleidern und auf der anderen Seite die Jungen, die Kleinen und die größeren. Selten verirrt sich ein Aufstiegsfribolin oder ein Eiswassladolor hierher. Das sind die Kinder armer Leute. Die Kinder der Arbeitslosen sind dabei, die in der Parkanlage sitzen, plötzlich aufspringen, an die nächste Ecke rennen, wo gratis ein Arbeitsmarkt verteilt wird, und immer wieder kommen und immer heftiger sich gegen die bestialischen Gedanken wehren.

Es ist schon gegen 12 Uhr mittags. Der Schulhof ist leer. Nur eine Klasse kleiner Jungen spielt in einer Ecke Völkerball. Der große Sandplatz wirkt dadurch nur noch kahler. Ein junger Mann geht langsam die Straße hinauf. Er schaut auf seine Armbanduhr. Er wartet wohl. Es ist im Wohnviertel der Proleten sehr still. Nur aus einem geöffneten Fenster der Schulküche dringt ein Frühlingslied, von dünnen, zirpenden Stimmen gesungen, ein Frühlingslied, das sehr oft jäh abbricht. In den Zwischenräumen

tönt eine fuchtige Stimme. Dann geht es wieder an. Man hört die Unlust der singenden Kinder aus dem kahlen, nackten Klassenzimmer schallen.

Der junge Mann hat Zeit. Man fühlt es förmlich, wie er sich fürchtet vor der träge dahinschleichenden Zeit. Er steht am Zaun und sieht den spielenden Jungen zu, blickt wieder auf seine Uhr und geht dann weiter zur Parkanlage, geht vorbei an den Mädchen, die da sitzen und Kitzchromane zerlesen, an den jungen Männern, an den Krakeln. . . In aller Augen zuckt es flüchtig auf. „Das ist ein Neuer!“ sagen die Klische. „Der gehört zu uns!“ Die langsamen, schleppenden Schritte des Neuen, des Arbeitslosen, des Gutgekleideten, der wohl noch nicht lange stempelt, noch Hoffnung hat, sagen es. Er setzt sich.

Es ist gleich zwölf. Einige der plassen und kofetten, der schlampigen und geschminkten, der matronenhaften, der jungen und jüngsten Mütter erheben sich, um die winzigen Kindgeschöpfe, die im Sandkasten krabbeln, um die Kinder von der Schule zu holen. Der junge Mann steht auf und geht.

Vor dem Schultor wimmelt es. Schulschluss der Kleinsten. Der Neue, der Arbeitslose steht etwas abseits. Die Mütter unterhalten sich. Sie nehmen ihre kleinen Mädchen und Jungen an die Hand und ziehen schweigend, bedrückt, ja, angsterfüllt, fast drohend über dem Geplätsch der Kleinen ab.

Die kleine Quelle der Kinder ist versiegt. Die Schultür läutet. Der Hof leert sich. Die Straße ist wieder still. Und die wartenden Mütter sind aus der Anlage verschwunden. Aber auch die, die bleiben, warten, auf das Glück, auf eine Stellung, auf Arbeit, auf den Tod. . .

Vor dem Schultor steht ein kleines Mädchen. Es trägt ein buntes Kleidchen. Jetzt hebt es den Zipfel des Kleides und fährt damit in die Augengegend. Weint das Kind? Jetzt erst geht der Neue, der immer öfter und länger in der Anlage warten wird, auf das kleine Mädchen zu.

Als es den Vater sieht, versiegen die Tränen. Dann fragt es nach der Mutter, die sonst immer kam. „Mutter hat eine Stellung gefunden!“ Er sagt mit einer fremden, umständlichen Bewegtheit die Pausen und der Tochter. Sie gehen. Das Kind hüpfert neben seinen ausholenden, schleppenden Schritten. Der kleine Mund plappert. Der Vater schweigt. Sie gehen.

Immer verlässlicher wird sein Schweigen, immer schleppender werden seine Schritte werden, je länger er in der Parkanlage warten wird. . .

Walter Leistikow: Einkehr Erzählung aus dem Jugendherbergsleben

In den Waldtrögen hingen die Nebelgewänder düster dahin, stürmender Wolkenfrauen, die unaufhörlich Regenströme auf die längst satte Erde schütteten.

Der Herbergsleiter der Jugendherberge in B. sah in seinem Verwaltungszimmer, mütterleer allein. Ungewohnte Stille war um ihn. Kein Lachen umschwärmte ihn, kein Scherz oder Singen klang.

Hans, der Schäferhund, war auch voll Müdigkeit und Verstimmung. Er war der Freund der Jungen und Mädchen, die mit ihm scherzten, herbergten, weiterzogen, dem Bach, den Winden, den Wolken nach.

Der Herbergsleiter sah nach der Uhr. Eine Gruppe war angemeldet. In einer Stunde wollte sie eintreffen. Ob sie kommen würden? Bei solchem Wetter? Und dazu noch Mädchen, stets begierter als Jungen, und von einer Lehrerin geführt, die immer vor-sichtiger, bedächtiger war als ein männliches Wesen.

Die Stunde verrann. Niemand kam. Hans lag an der Tür, böste und blinzelte mit müden Augen, und der Herbergsleiter las ein Nachrichtenblatt, während draußen die Regenfrauen, schwer und grau durch Feld und Wald stapften.

Da spitzte Hans die Ohren! Dann sprang er an die Tür, öffnete sie — das hatten ihn die Großstadtjungen gelehrt — und stürmte hinaus.

Und schon kamen sie herein, frisch und fröhlich, triefend vor Nässe wie vierzehn kleine Regenfräulein. Und mit ihnen kam die treue Hüterin, ihr Fräulein Franziska, fast wie eine uralte Wolkenfrau aussehend — wäre nicht im Auge ein helles Leuchten gewesen.

„Guten Tag, Herbergsleiter! Da sind wir!“
„Kinder, nicht so drängen! Schnell umziehen! Trockene Sachen an!“ Und zum Wirt gewandt, fragte die besorgte Leiterin: „Ist der Ofen geheizt?“

Die Mädchen hatten längst die köstliche Wärme entdeckt und jubelten: „Großartig! Und wißt Ihr, was es nachher gibt? Schweinerippchen mit Sauerkraut!“

„Hm!“ machten alle, bis auf eine. Die meinte: „Bloß Rippchen? Ich könnte richtige Rippen vermissen, solchen Hunger habe ich!“

Die vierzehn Regenfräulein verschwanden in dem ihnen zugewiesenen Raum.

„Und nun, Herr Wirt, wo kann ich mich umziehen? Wo ist mein Zimmer?“

„Dort, wo die Schülerinnen sind!“

Da wurde das Antlitz von Fräulein Franziska wirklich grau. Das Leuchten im Auge starb, und sie erschrak heftig:

„Ich soll dort mit den Mädchen zusammen schlafen? Ich habe immer mein Zimmer gehabt! Haben Sie keinen Raum für mich, bestimmt nicht?“

„Nein, verehrtes Fräulein, Jugendherbergen sind keine Hotels!“ Weger und Hornesrotte brannten auf den Wangen der Führerin.

Währenddessen zwischerte drinnen die vierzehntöpfige Schwabenschar, als sei blauester Himmel und ungetrübtester Sonnenschein.

„Ich werde mich beschweren!“ erwiderte sich Fräulein Franziska. Ich bin befahrt! Ich wandere gern. Aber mein Zimmer muß ich haben. Oder ich muß umkehren!“ Und die Tür öffnend schrie sie den Mädchen zu:

„Ruhe! Ist das ein Benehmen?“ Die Tür polterte ins Schloß.

Verständnislos schweig die Schar, doch nur für einen Augenblick. Dann lachte wieder frohe Sorglosigkeit von plappernden Lippen.

Ernst und bestimmt entgegnete der Herbergsleiter: „Umkehren können Sie! Auch die Beschwerde steht Ihnen frei!“

„Ist hier ein Gasthaus?“

„Ein sehr einfaches, im Dorf, zehn Minuten von hier.“

„Dahin werden wir gehen!“ Und die Tür zum Mädchenraum öffnend, rief sie: „Kinder, wer kommt mit in einen Gasthof? Er ist nicht weit von hier. Es gibt da Zimmer!“

Alles schweig. Man hörte draußen den Regen.

„Nun, wer hat Lust und Mut?“

„Fräulein Franziska, ist es hier nicht viel netter als in Gast-

höfen und Hotels? Wir möchten hierbleiben“, riefen zwölf Jungen. Zwei der Mädchen waren schon in der Küche tätig.

„Unerhört!“ Mehr konnte Fräulein Franziska im Augenblick nicht sagen. „Dann geh ich eben allein!“

Der Herbergsleiter bemerkte: „Es finden übrigens im Gasthof nur drei bis vier Personen Platz. Außerdem dürfte Ihr Kuzug sich wohl kaum mit den Pflichten einer Führerin vereinen lassen. Wandergruppen sind in allem eine Einheit.“

„Aber, Herr Hausvater, das weiß ich! Doch sehen Sie, ich bin alt! Ich habe nie mein Schlafzimmer mit jemand geteilt und soll mich nun — — — Nie! Nie! Lieber hoch ich in der Küche!“

„Fräulein Franziska, die Büchsen sind geöffnet. Sollen wir die Rippchen aus Feuer legen?“

„Natürlich!“ Barsch und schneidend wie Novemberwind klang das Wort.

Und zum Wirt gewandt: „Die Sache ist erledigt. Ich werde ganz energisch Beschwerde einlegen!“

Bald darauf sperrten die vierzehn Mädchen die hungrigen Schnäbeln auf, schmozgen, schwagten, scherzten, und als alle Schüsseln leer waren, begannen sie ein Lätzchen zum Klang ihrer Gitarren.

Die Augen des Herbergsleiters strahlten! Hans sprang bellend herum.

Doch abseits sah urgrimmig und zu eisigem Polarisweigen erstarrt die Führerin. —

Die Zeit des Schlafengehens war gekommen. Aus Deden, Borhänge und Weger hatte Fräulein Franziska eine Mauer um sich gebaut, hinter der sie in ihr Lager stieg und sich entkleidete.

Sie tat kein Auge zu, aber auch den Mund nicht auf, als die vierzehn anfangen zu schnattern, als seien sie plötzlich Gänschen geworden. Sie glaubten „die Alte“ schlafend. Jugend redet ohne Vor-sicht. Doch auch vieles Schöne drang ans Ohr der Lehrerin, Träume von Zukunft, Ferne, Glück.

Allmählich wurden auch die eifrigsten Jungen müde, und nur noch tiefe Atemzüge gelunder Jugend schwebten im Raum.

Nur eine fand keinen Schlaf, sondern zürnte ihrem Geschick, grübelte, lauschte dem strömenden Regen, sann, ermog, überlegte und hielt stumme Zwiegespräche mit der eigenen lange entschwundenen Jugend.

Fräulein Franziska sah sich als kleines Mädchen, umhüllt, behütet, benormundet. Ach, wie oft hatte es geheißen: „Das darfst du nicht, Fränzli, das schidst sich nicht!“

Wie gern hatte sie den Wald durchstreift, Blumen gepflückt, oder im Waldgras gelegen. Und wenn die Heidelbeeren reifen und die Criska zu blühen begann und eine tiefe Sonnenstille im Walde wie träumend ruhte, dann war sie im innersten Herzen wahrhaft beglückt gewesen — bis harte, tadelnde, immer nörgelnde Worte sie aus harmloser Freude ausschreckten. Und doch wußte sie nie, was sie eigentlich verbrochen hatte.

Und die Reisen mit den Eltern — ach, die waren stets so förmlich und steif, so vorfahrtsmäßig und altentenhaft gewesen, daß ihr kleines, übermütiges Herz und ihr heiteres Gemüt allmählich ganz unfröhlich wurden.

Etwas ungeliebtes war in ihr verschlossen worden und hatte sie vorzeitig alt gemacht.

Wie anders war die Zeit jetzt! Heute durfte die Jugend jung sein und wie Bienen wandern im Lande umherzuwimmern!

Wie ruhig die Schar atmete! Sicher blühten auf allen Wangen Röslein, Traumröslein sorgloser Jugendwunderfreude.

Fräulein Franziska strich mit der Hand über ihre Stirn, als wollte sie etwas wegwischen. Sie ballte die Hand zur Faust. Ja, zertönnen wollte sie die alten verschrobenen Anschauungen, welche einst herrschend gewesen.

War es nicht wunderschön, nach dem Wandern ein freundliches Dach in einem gastlichen Heim über dem Kopf zu haben, das nicht Kasulation erbaut hatte und betrieb, sondern Menschenfreundlichkeit und Liebe zur wandernden Jugend?

Rein, sie wollte nicht mehr zürnen — sondern versuchen, ver-säumte Jugend nachzuholen. —

Bierzehn Lerchen sangen, vierzehn Finken schlugen vor Seligkeit, als sie am Morgen den Himmel wie eine blaue strahlende Glocke sich in unendlicher Höhe wölben sahen!

Vor dem Abschied aber sagte Fräulein Franziska zum Hausvater: „Besten hätte ich Sie umbringen können — heute bin ich die Fünftzehnte der Schar! Und so solls bleiben! Auf Wiedersehen!“

In der Ferne verklang ein Lied — — —
„Wir sind jung, die Welt ist offen!
O du weite schöne Welt — — — — —“

Gerhard Tenamer: Die „Blume des Ozeans“ Stippelste auf Madelra

„Hamburg—Madeira—Südamerika“ lautet die Route meines Dampfers; das bedeutet ein paar Stunden des Aufenthaltes auf der herrlichen „Grünen Insel“ der Portugiesen, auf der längst der Sommer seinen Einzug gehalten hat, wenn sich bei uns noch kaum erst der Frühling schüchtern hervorwagt. Kaum eine Woche ist der schmucke Ueberseesdampfer seit der Abfahrt von Hamburg unterwegs, hat bei täglich wärmer werdender Witterung Nordsee, Kanal und Golf von Biskaya durchquert, und nun taucht aus tiefblauem Meer ein schmaler Landstreifen empor: Madeira, die „Blume des Ozeans“. Höher und höher steigt das einsame Eiland aus dem azurnen Gemoge, schon von ferne den Ankömmling durch ein wahres Bukett leuchtender Farben überraschend. Welch ein bereitetes Bild, von der vulkanischen Vergangenheit der Insel und von ihrem erdgegeschichtlichen Aufbau offensichtbare die Steilabfälle, in denen das Ufer gegen die See zu abfällt! Wie seltsam der Kontrast zwischen den finsternen Basalt- und Lavabänken und den leuchtend roten Felsenmassen; zwischen den grünen Tälern und den wüsten, mit Schloten und Geröll erfüllten Schluchten, in denen sich bereinst die glühenden Lavaströme zu Tal wälzten! Von den endlosen Urwäldern freilich, die die Portugiesen bei der Entdeckung der Insel im Jahre 1419 vorfanden, und die dem Eilande die Bezeichnung „Holzinsel“ eintrugen, ist nichts mehr zu sehen. Rückwärtsloser Raubbau hat die weiten Wälder so gut wie restlos verschwinden lassen. Aber die Entdecker haben nicht nur zerstört, sie bauten auch auf! Dessen wird man inne, man sich das Schiff der paradiesischen Bucht von Funchal nähert. Leuchtend weiße, rotgedeckte Häuser inmitten des üppigen Reichstums südländischer Pflanzenwuchses, dahinter sanft geschwungene grüne Hühen, von nackten Fels-schroffen unterbrochen, die im Sonnenglast flimmern; — davor die abgründige Bläue des Meeres; ein ungeheurer Saphir, in dessen schimmernder Fläche sich das Bild dieser traumhaften Insel spiegelt. Freilich, sie braucht durchaus nicht immer so romantisch-verföhnen zu sein, wie es die Unruhen bewiesen haben, von denen Funchal vor kurzem heimgesucht wurde. Inbess — von solchen Angelegenheiten pflegt man in den Ländern des Südens nicht so viel Aufhebens zu machen wie bei uns; sie gehören beinahe zum „normalen“ Verlauf der Dinge.

Kaum ist der Anker gefallen, so fällt ein Schwarm leuchtender brauner Menschen über das Schiff her und überschüttet auch die an Bord Verbleibenden mit Beweisen der gelegneten Fruchtbarkeit dieser glücklichen Insel. Korbweise werden Blumen und Früchte auf den Dampfer geschleppt. Dann drängen sich die Passagiere in sommerlich leichter Kleidung am Mastreep, und die Barkassen bringen mit lustigem Knattern ihre lebende Frucht ans Land. —

In postlerlichem Ochsengepann, das statt der Räder Rufen trägt und so klum verzerrt ist, daß es eher zu einem Karussell zu gehören, als wirklichem Verkehr zu dienen scheint, fährt man zur Zahnradbahn, die auf den „Monte“ hinaufführt. Alle Gespanne laufen hier auf Rufen, und wirklich ist das dumpfe Kopffleischgeräusch aus Postlergeräusch durch das ständige Abgleiten so glatt geworden, daß die sonderbaren Gefährte nicht anders dahingleiten als Schlitten durch Schnee.

Erst durch Nebenpflanzungen und blühende Gärten mit Palmen und Araukarien, Azallen, Kamellen und der ganzen üppigen Vegetation südländischer Länder, dann durch prächtige Platanen- und Eichenwälder steigt die Bahn auf die Kuppe des grünen Berges, der die Stadt überragt. Wundervoll ist der Blick hier von oben. Tief unten im Tale die materische Stadt, mit grünen Hängen sich amphitheatralisch an den Berg schmiegend. Ringsum in blauer Unendlichkeit der Ozean. Wie ein Spielzeug liegt der große Dampfer in der Bucht. Boot und Barkassen gleiten gleich winzigen Insekten durch das Meer.

Ungern nur reißt sich das Auge los von dem zauberischen Bilde. Aber die bläuliche Rauchfahne, die sich über dem Kamin des Schiffes kräufelt, gemahnt an baldige Abfahrt.

Auf regelrechten Rennschlitten fährt man zu Tal. Der grauhaarige Alte, der den Schlitten lenkt, versteht sich auf sein Handwerk nicht schlechter als der Führer eines Bobisegels in Davos oder in St. Moritz.

Kurze Barkassenzüge, und schon liegt die Stadt wieder hinter mir, umfaßt der Blick die Spitze des Berges, von dem herab man vor kaum einer Stunde die weite Stadt über die Bay von Funchal genoh.

Dreimal heult die Dampfpeife auf. Dann geht ein Zittern durch den Leib des Schiffes, und die schäumenden Wirbel am Heck künden, daß die Propeller ihre ersten Umdrehungen tun.

Rasch vergrößert sich die Entfernung zwischen Dampfer und Land. Der Himmel überzieht sich mit glutendem Rot, bläuliche Schatten legen sich über das einsame Eiland, das mehr und mehr in sich zusammenschrumpt; gleichsam, als sei es für kurze Zeit aus dem Meer ans Licht gestiegen, um nun wieder in die dunklen Tiefen des Ozeans zurückzuführen.

Die weißen Häuserzeilen zwischen den grünen Gärten und Weinbergen tauchen in dämmerigen Dunst, die Umrisse der Berge zerfließen im Abendnebel. Von den Höhen des Torgebirges schiedt eben ein einsamer Leuchtturm das erste flammende Strahlenbündel über die See. Lange noch, nachdem von Madeira nichts mehr wahrzunehmen ist, zuckt der matter und matter werdende Blich über das Meer. Dann verschlingt auch ihn der Ozean, und nur der breite Schaumstreif, der sich hinter dem Schiff durch die Fluten zieht, weist noch die Richtung, in der die „Blume des Ozeans“ liegen muß.

Leprafranke in Deutschland. Im Jahre 1930 wurden sechs neue Fälle von Auslag gemeldet, und zwar je einer aus Preußen und Württemberg und vier aus Hamburg. Bei den beiden ersten handelte es sich um Rückwanderer, bei den anderen vier um Ausländer; von diesen kamen drei aus Südamerika und einer aus Estland. Die Anstreckung war, soweit es ermittelt werden konnte, im Auslande, zumeist in Südamerika, erfolgt. Von den bereits früher gemeldeten Kranken wurde in Preußen einer unter Verpflegung zur dauernden Beobachtung entlassen, ferner reiste je einer aus Hessen und Hamburg im Berichtsjahre in seine Heimat ab, ebenso aus Hamburg ein neu gemeldeter Kranker. Ein im Jahre 1927 in Hamburg eingetretener Kranker wurde am Ende des Jahres 1930 nach einem preußischen Ort verlegt. Am Ende des Jahres betrug somit die Gesamtzahl der im Deutschen Reich in Behandlung befindlichen Auslagkranken 10 (gegen 8 am Ende des Jahres 1929). Davon befanden sich in Preußen 3 (2), Württemberg 1 (—), Hessen — (1), Hamburg 4 (3), Sippe 1 (1) und Lübeck 1 (1).